

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Die zweite landesweite Volksabstimmung seit Bestehen des „Südweststaates (Arbeitstitel für das spätere Baden-Württemberg ist geschafft.

Sie ist nicht nur „geschafft“, sie war auch erfolgreich: Erfolgreich nicht im Sinne eines Siegers. Sieger waren wir alle. Der Souverän beantwortete die Frage nach dem Weiterbau von S 21 mit klarer Mehrheit.

Zwar ist das Quorum immer noch zu hoch für das echte „Gelingen“ einer Volksabstimmung, doch die „Befriedung“ (Versöhnung sagt Nils Schmid) innerhalb der SPD ist erreichbar. Die Akzeptanz des Ergebnisses wurde größtenteils ausgesprochen.

Zur **Versöhnung** gehört jetzt auch die Rückkehr der S-21 – Gegner zur Arbeit zusammen mit den Befürwortern im OV, im Kreis- und im Landesverband. **Es waren nicht die passivsten Mitglieder, die am Protest teilgenommen haben.**

Versöhnung bedeutet auch, die Solidarität mit den „Zurückkehrenden“ nicht zu vergessen. Häme und Schadenfreude sind fehl am Platze.

In der letzten Ausgabe habe ich geschrieben:

„Wir sind dabei, in Partei und Gesellschaft eine modernere Form des politischen Handelns und Lebens einzuführen.“

Die SPD braucht jedes Mitglied!

die Redaktion des Roten Seehas

wünscht Ihnen

Frohe Weihnachten

Und einen guten Rutsch ins

**Neue Jahr
2012**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Zeit zur Versöhnung - Vom Parteitag geht gutes Signal aus - Gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen zügig einführen - Berliner Erklärung - „Frauen gewinnen – direkt“ - Mehr Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung	2- 6
- <u>EU</u> : Aufruf für Europa - „Die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen muss entlohnt werden“ - "Wichtiger Etappenerfolg im bei Daseinsvorsorge für Städte und Gemeinden" - "Lösen statt Flicker!" – Für Frauen geht es in der EU aufwärts" - <u>BW</u> : Bundesregierung schiebt Südbahn auf die lange Bank	7-11
- Südbahn doch nicht im Investitionsplan	
- Südbahn wie die CDU es sah - und heutiger Stand - Versteckspiel im EU- Parlament	
- Sigmar Gabriel gratuliert Erhard Eppler	11-13
- <u>SPD-Bodenseekreis</u> : Politische Bildungsfahrt mit MdB Gerster - <u>Mitgliederbrief 2011/2012</u> – Termine im Bodenseekreis	13-15
- <u>SBI</u> : <u>CH</u> : Volksinitiativen sollen rascher vors Volk kommen - <u>SP Kanton SG</u> : Bürgerliche müssen Kreide fressen	16-18
- Die Hochschulabgabe ist eine abstruse Idee	18-19
- Paul Rechsteiner Ständerat – Die Sensation ist geschafft! - St.Galler Bevölkerung sagt Ja zur Abschaffung, leider auch zum Gegenorschlag - SP nominiert Hanselmann und Fässler für die Regierungsratswahlen	19-20
- Nach dem Grounding der bürgerlichen Steuerpolitik braucht es Korrekturen im Steuergesetz - Sozialdemokraten rings um den Bodensee gratulieren Paul Rechsteiner	20-22
- Wandelt die SBI in eine neue Ära? –Wahlversammlung in Bregenz - Persönlicher Kommentar zur SBI	22-24
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : Gestärkt gegen Gewalt - Aktion der SPÖ-Frauen Vorarlberg	
- Europäische Bürgerinitiative im April 2012	24
- Für LKW-Überholverbot in Vorarlberg	25
- "Väter ohne Rechte" überreicht Award	25
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> :	
- Klares Votum aus der Region zu S 21	25-26
- Gerster gratuliert Biberacher Polizeidirektion zum Ludwig-Erhard-Preis – MdB Gerster begrüßt Rückkehr zum Einstundentakt	26
- MdB Gerster bekommt schriftliche Bestätigung der Finanzausage	26-27
- <u>SPD Kreis KN</u> : Kreis-SPD Konstanz verleiht Hecker-Hut an Moritz Leuenberger	27-28
- Storz stellt sich Kritik an Verschiebung der Besoldungserhöhung	28-29
- <u>SPD Kreis RV</u> : Jugendgemeinderäte schauen hinter Kanzleramtskulissen – Kultusministerium auf Informationstour	29-30
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> :	
- Mattheis besucht Beltz Medical – Vermögende stärker besteuern - Mattheis trägt Initiative zur Organspende mit - Hilde Mattheis neue Vorsitzende des Forums DL 21 e. V.	30-34
- Termine – Andere SP(D) – Blätter	34
- Biberacher Kreis- Jusos protestieren	34
- <u>Einladungen</u> : Markdorf – Langenargen Lindenberg, Sonthofen	35-38
Impressum	39

Zeit zur Versöhnung

Liebe Genossinnen und Genossen,

Baden-Württemberg hat entschieden. Der gestrige Tag hat genau das gebracht, wofür wir in den vergangenen Wochen gemeinsam gearbeitet haben: Ein klares Votum. Das ist ein großer Sieg für unsere Demokratie. Jetzt ist nicht die Zeit für Triumphgeschrei, jetzt ist die Zeit zur Versöhnung.

Als wir vor gut 15 Monaten die Volksabstimmung als diesen "Weg der Versöhnung" vorgeschlagen haben, schlug uns Ablehnung und Häme entgegen. Heute wissen wir, dass dieser Vorschlag den Wechsel ermöglicht und die endgültige Entscheidung über das Streitthema S21 herbeigeführt hat. Die SPD Baden-Württemberg hat die Lösung für diesen Dauerkonflikt aufgezeigt - und darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

Es hat sich auch gezeigt, dass man große Infrastrukturmaßnahmen zusammen mit der Bevölkerung durchsetzen kann. Direkte Demokratie ist nicht zwangsläufig eine Dagegen-Bewegung, sondern eine Chance; auch für den Wirtschaftsstandort Baden -Württemberg, große Projekte zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu gestalten.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, das Projekt in der Regierungsverantwortung zu fördern. Konstruktiv und selbstverständlich auch kritisch, wo das nötig ist. Das gilt gerade auch für den Kostendeckel: Das Kabinett hat einstimmig beschlossen, dass die Landesbeteiligung 930 Millionen Euro nicht übersteigen darf. Und dabei bleibt es auch. Die Volksabstimmung hat einen Schlusspunkt unter die Auseinandersetzung um den Stuttgarter Bahnhof gesetzt. Jetzt wird die Bühne endlich frei für die vielen wichtigen Themen im Land. Unsere Regierung hat bereits wichtige Akzente gesetzt. Mit dem "Pakt für Familien mit Kindern" sorgen wir zum Beispiel dafür, dass sich Beruf und Familie in Baden-Württemberg besser vereinbaren lassen. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und schaffen die Studiengebühren ab. Und mit dem zweiten ausgeglichenen Haushalt in Folge beweisen wir, dass Sozialdemokraten verantwortlich mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

Unsere Volksabstimmung hat Klarheit geschaffen. Jetzt gilt es, diese Entscheidung auch

gemeinsam zu tragen, in der SPD und mit unserem Koalitionspartner. Unser Motto lautet: Volle Kraft voraus - der Wechsel geht weiter!

Euer Eure

Nils Schmid
Landesvorsitzender

Katja Mast
Generalsekretärin

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Tel.: (0711) 6 19 36-0

Fax: (0711) 6 19 36-20

Vom Parteitag geht ein gutes Signal aus

Von Hilde Mattheis, MdB - Vorsitzende des Forums Demokratische Linke

Die Linke in der SPD hat sich beim Bundesparteitag in den wesentlichen Debatten erfolgreich eingebracht und wichtige Beschlüsse durchgesetzt. Die inhaltliche Diskussion stand im Mittelpunkt, die wichtigen Impulse kamen von links und kontroverse Diskussionen konnten gut zusammengeführt werden. Wir haben uns dargestellt als Partei, in der es eine Aufgeschlossenheit für Argumente und Positionen gibt und in der auf Parteitagen wieder eine Diskussionskultur herrscht, die unseren Ansprüchen an demokratische Entscheidungsprozesse nahekommt. Das hat gut getan.

Parteireform

Die beschlossene Parteireform bildet eine gute Grundlage zur Modernisierung unserer Strukturen in der SPD; diese Reform muss nun mit Leben gefüllt werden. Mit der Abschaffung des Parteipräsidiums wurde der Parteivorstand aufgewertet, mit dem neuen Parteikonvent - einem kleinen Bundesparteitag - kann die Partei nun auch zwischen den großen Parteitagen Beschlüsse fassen. Aus Sicht der Linken in der SPD sind besonders die erreichten konkreten Verbesserungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, vor allem der Reißverschluss für Landeslisten - ein großer Erfolg.

Arbeitsmarktpolitik und Rente

In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik wurden mit dem Leitantrag viele wichtige Korrekturen vorgenommen. Die SPD fordert einen Mindestlohn von 8,50 Euro, der Missbrauch von Minijobs soll durch eine auf 12 Stunden begrenzte Wochenarbeitszeit, bei der Leiharbeit soll die gleiche Bezahlung durchgesetzt werden. Bei der Rente soll der Übergang flexibler gestaltet und die Rente mit 67 ausgesetzt werden. Bei der Sicherung des Rentenniveaus

konnte sich der Parteitag zu keiner klaren Position durchringen. Hier wurde eine erneute Rentenkommission einberufen, die bis Frühjahr 2012 ein Finanzierungskonzept erarbeiten soll. Aufgabe der Parteilinken wird es sein, sich in der Kommission, aber auch in der gesamten Partei für eine armutsfeste und Lebensstandard sichernde gesetzliche Rente einzusetzen. Die SPD muss deutlich vor dem nächsten Bundestagswahlkampf eine befriedigende Antwort auf die Frage des zukünftigen Rentenniveaus finden. Wenn keine Korrekturen erfolgen, droht vielen Menschen bis weit in die Mittelschicht hinein eine Rente auf Grundsicherungsniveau.

Steuerpolitik

Der beim Parteitag beschlossene finanzpolitische Leitantrag ist das fortschrittlichste SPD-Steuerkonzept seit vielen Jahren. Es gibt inzwischen wieder einen innerparteilichen Konsens, dass die staatliche Einnahmehasis verbessert und dazu Besserverdienende und Vermögensbesitzer stärker herangezogen werden müssen. Mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder einer höheren Besteuerung von Erbschaften enthält der Beschluss viele konkrete Forderungen. Bei der Abgeltungssteuer gelang uns mit dem Ziel der Abschaffung, einer kurzfristigen der Erhöhung auf 32 Prozent und der Überprüfung und gegebenenfalls Rückkehr zur synthetischen Besteuerung innerhalb von drei Jahren ein guter Kompromiss. Es ist ein Erfolg der Linken in der SPD, dass dieses Konzept vom Parteitag einstimmig beschlossen wurde. Die Reichensteuer ist für uns noch nicht vom Tisch. Eine Abstimmung ist auf dem Bundesparteitag nicht erfolgt.

Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik wurde die Bürgerversicherung bestätigt. Doch der beschlossene Leitantrag enthält noch viele zu klärende Punkte. Bei der Erarbeitung des Wahlprogramms müssen wir insbesondere darauf achten, dass unser sozialdemokratisches Bürgerversicherungsmodell anschlussfähig zu anderen Modellen - insbesondere zum Modell der Grünen und der Gewerkschaften - bleibt. Dazu war es sicherlich nicht hilfreich, dass wir uns gegen die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung ausgesprochen haben.

Vorratsdatenspeicherung

Bei der Vorratsdatenspeicherung wurde deutlich, dass das häufig von der SPD angewandte Verfahren zur Lösung innerparteilichen inhaltlichen Kontroversen in bestimmten Fragen an seine Grenzen stößt. Manchmal ist eine klare und eindeutige Positionierung notwendig; in der Konkurrenz mit der Piratenpartei hilft ein knapper Beschluss für eine beschränkte Vorratsdatenspeicherung und die Überweisung an die Bundestagsfraktion nicht weiter, sondern hat die SPD im Netz viel Glaubwürdigkeit gekostet. Die Bundestagsfraktion ist nun gefordert, eine Position zu entwickeln, mit der die SPD den Anschluss an die NetzpolitikerInnen halten kann.

Fazit

Mit den Beschlüssen zur Steuerpolitik und zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind wir als linke Volkspartei im Hinblick auf 2013 gut aufgestellt. Der Reißverschluss für Landeslisten, die Vereinbarung zur Abgeltungssteuer und die Einsetzung einer Kommission, die nach klaren Vorgaben ein Rentenkonzept erarbeitet, sind für die Partei ein gutes Gesamtergebnis.

Die Parteilinke ist auf dem Bundesparteitag ihrer Verantwortung nachgekommen. Wir haben dafür gesorgt, dass es an den entscheidenden Stellen inhaltliche Debatten gab, ohne uns dabei in symbolischen und damit ins Leere laufende Kontroversen zu verlieren. Der Parteitag hat gezeigt, dass die SPD auf hohem Niveau inhaltlich und leidenschaftlich um ihre Positionen ringen kann. Es war richtig, dass wir uns bereits vor dem Bundesparteitag mit klaren Positionen eingebracht haben. Eine Volkspartei braucht Strömungen und inhaltliche Kontroversen, sonst bleibt nur Langeweile. Als Parteilinke haben wir unseren Beitrag zur innerparteilichen Diskussion, aber auch zur Geschlossenheit der SPD geleistet.

Nun geht es bis 2013 darum, dass sich die Linke in der SPD weiterhin einbringt und dafür Sorge trägt, dass das Wahlprogramm nicht hinter die auf dem Parteitag beschlossene Linie zurückfällt - und dass die offenen Punkte in unserem Sinne gefüllt werden. Die weitere Diskussion um Rente, Bürgerversicherung und auch Vorratsdatenspeicherung werden wir kritisch konstruktiv begleiten.

07.12.2010

Hilde Mattheis, MdB

SPD-Frauen:

Gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen zügig einführen

*Zur heutigen Veröffentlichung der „Berliner Erklärung“, einer überparteilichen Initiative namhafter Frauen, die zum Ziel hat, mittels gesetzlicher Frauenquoten mehr Geschlechtergerechtigkeit in Führungsgremien von Unternehmen zu erreichen, erklären die SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles**, die stellvertretenden SPD-Vorsitzenden **Hannelore Kraft**, **Manuela Schwesig** und **Aydan Özoguz** sowie die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**:*

Als Mitunterzeichnerinnen der „Berliner Erklärung“ begrüßen wir, dass das Thema der gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände endlich an Dynamik gewinnt und ein breites überparteiliches Bündnis für eine verbindliche gesetzliche Regelung eintritt. Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn und eine klare Absage an die sogenannte Flexi-Quote von Bundesministerin Schröder.

Wir wollen einen höheren Frauenanteil – mindestens 40 Prozent – in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft, in den Aufsichtsräten und den Vorständen börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Das SPD-geführte Bundesland Nordrhein-Westfalen hat im Bundesrat bereits eine Initiative für eine 40%-Quote in Aufsichtsräten vorgelegt. Sie wurde leider am 25. November abgelehnt. Auch im Deutschen Bundestag scheiterten bislang die Bemühungen von SPD und Grünen, ein wirksames Quotengesetz auf den Weg zu bringen.

Wir freuen uns, dass auch Mitstreiterinnen aus dem Regierungslager unserem Anliegen mit der „Berliner Erklärung“ jetzt Nachdruck verleihen. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit.

Die Zeit drängt, denn 2013 werden viele Aufsichtsräte neu gewählt. Nur wenn vorher eine gesetzliche Regelung im Deutschen Bundestag verabschiedet wird, können viele kompetente Frauen neu in die Aufsichtsräte einziehen.

Denn eins ist klar:

Absichtserklärungen und Willensbekundungen sind gut. Ein breites Bündnis mit vielen wichtigen Stimmen aus Politik und Gesellschaft ist umso besser.

Aber auch das ist nur ein halber Schritt. Jetzt muss der Berliner Erklärung eine gesetzliche Regelung folgen!

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen. Darin werden wir konkrete Vorschläge zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien der Wirtschaft sowohl in Aufsichtsräten als auch in Vorständen mittels einer verbindlichen 40%-Frauenquote machen. Diese Ziele, die sich mit denen der „Berliner Erklärung“ im Grundsatz decken, können schnell und effizient erreicht werden.

Berlin, 15. Dezember 2011

SPD Presseservice

Berliner Erklärung

Dezember 2011

Seit über 60 Jahren gilt in Deutschland laut Grundgesetz, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. In der Realität ist die Gleichstellung allerdings noch lange nicht verwirklicht. Die anhaltende Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen steht damit im Widerspruch zu unserem Grundgesetz und zu internationalem Recht.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Berliner Erklärung, wollen diese Ungerechtigkeiten und den dauernden Verstoß gegen Art. 3 Absatz 2 GG nicht länger hinnehmen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein Gebot, das es endlich umzusetzen gilt. Deshalb haben wir uns in einem überparteilichen und gesellschaftlichen Bündnis zusammen geschlossen, um im Konsens gemeinsam der Gleichstellung zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind Frauen und Männer aus Politik, aus Verbänden, aus Wirtschaft und Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Forschung, aus Kultur und Medien – kurz: aus der ganzen Breite der Bevölkerung. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, die Frauen und Männern die gleichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen auch praktisch einräumt.

Unser erstes Ziel ist, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft einzubeziehen – paritätisch und gleichberechtigt. Alle bisherigen Versuche, dieses Ziel mit freiwilligen Vereinbarungen zu erreichen, sind ge-

scheitert. Die Zeit ist reif für eine verbindliche gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien der Wirtschaft, wie Aufsichtsräte und Vorstände. Nur so lässt sich Umdenken in den Vorstandsetagen befördern und damit die Besetzungspraxis von Entscheidungsfunktionen verändern. Deshalb treten wir in einem ersten Schritt für eine Quote bei den Aufsichtsräten der börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen ein, die zunächst mindestens 30 Prozent betragen soll. Damit die Maßnahme Wirkung entfaltet, wollen wir flankierend Fristen und empfindliche Sanktionen regeln. Die Quote für Aufsichtsräte kann aber nur der Anfang sein!

Die gleiche Beteiligung von Frauen an Entscheidungsgremien ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. In gemischten Führungsgremien können Frauen und Männer zu besseren Entscheidungen kommen, gemischte Teams steigern den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Das belegen nationale und internationale Studien.

Zahlreiche Parteien und Verbände haben konkrete Vorschläge für Frauenquoten vorgelegt. Bei Unterschieden in der Höhe der Quote und in einzelnen Aspekten sind alle Vorschläge von der Überzeugung getragen, dass nur verbindliche gesetzliche Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungsgremien führen. Diesen breiten Konsens wollen wir jetzt nutzen, um spürbare Verbesserungen für Frauen zu erreichen.

Uns Unterzeichnerinnen und Unterzeichner eint der Wille, überparteilich und überfraktionell Mehrheiten für die berechtigten Belange von Frauen zu gewinnen und so das staatliche Gleichstellungsgebot nach Art. 3 Absatz 2 Satz 2 GG endlich umzusetzen.

15.12.2011 Maraike Winkler, SPD-Parteivorstand,
Referat Frauen / ASF

„Frauen gewinnen – direkt“

Vor 23 Jahren, im Jahr 1988 haben wir auf dem Bundesparteitag der SPD in Münster die Geschlechterquote beschlossen. Jeweils mindestens 40 Prozent Frauen und Männer in allen Funktionen und Mandaten, das verlangt unsere Satzung und das wollen wir.

Manche mögen denken, das ist ein alter Schuh oder von gestern. Das ist falsch.

Wir wollen endlich erreichen, dass mindestens 40 Prozent Frauen in die SPD-Bundestagsfraktion einziehen. Zurzeit sind wir 57 Frauen in der SPD-Bundestagsfraktion bei 146 Mandaten. Der Frauenanteil beträgt 39 Prozent.

Der wichtigste Schritt ist, dass viele Frauen in den Wahlkreisen nominiert werden. In 299 Direktwahlkreisen werden wir in den nächsten Monaten die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Bundestagswahl 2013 aufstellen. Viele, die jetzt im Bundestag sind, werden wieder antreten. Wir haben 2009 viele Mandate verloren, daher sind viele Wahlkreise frei. Einige Abgeordnete werden nicht mehr kandidieren. Diese Gelegenheiten müssen wir beim Schopfe packen.

Unsere Politik muss glaubwürdig sein. Wenn wir von anderen erwarten, dass sie eine Quote für Frauen in Führungspositionen einführen, dann müssen wir bei uns selbst ernst machen. Politik ist ein Vorbild.

Frauen sind die Mehrheit der Bevölkerung. Sie wollen sich in der Volkspartei SPD auch personell repräsentiert sehen. Je vielfältiger unser Personalangebot bei Wahlen ist, umso mehr Menschen werden uns ihre Stimme geben.

Je vielfältiger unsere Abgeordneten sind, umso mehr Sichtweisen von Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen können wir in unsere Politik einbringen. So sind wir glaubwürdig und überzeugend.

Wir appellieren an die gesamte Partei, an die Landesverbände und Bezirke, vor allem an die Unterbezirke, Kreisverbände, Bundeswahlkreise: Nominiert Frauen in euren Wahlkreisen. Egal ob euer Bundesland zwei Wahlkreise hat oder 64 Wahlkreise. Egal ob der Wahlkreis als sicher, aussichtsreich oder kaum zu gewinnen eingeschätzt wird. Jede einzelne Entscheidung ist wichtig und sie fügt sich zu einem Gesamtbild.

Wir müssen Frauen aktiv eine Chance geben. Wir werden neue Kandidatinnen fördern. Mindestens 40 Prozent Frauen als Direktkandidatinnen, also mindestens 120 Frauen.

Das kriegen wir hin! Daran werden wir uns messen lassen.

Mit Frauen können wir direkt gewinnen!

06.12.2011

SPD.de

SPD-Fraktion stellt Konzept vor:

Mehr Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung

Die SPD will die Bürgerinnen und Bürger bei Verkehrs- und Energieleitungsprojekten besser beteiligen und zugleich die Planungen beschleunigen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ein [Konzept \[PDF, 80 KB\]](#) vorgelegt, das sie ab Mitte Januar im Internet öffentlich zur Diskussion stellen wird.

„Notwendig ist ein gesellschaftlicher Konsens für eine moderne Infrastruktur. Dafür müssen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in die Planung von Verkehrswegen und Energieleitungen einbezogen werden“, erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Bayerns SPD-Landeschef Florian Pronold, und der Leiter der Projektgruppe Infrastrukturkonsens Sören Bartol am Donnerstag.

Vorgeschlagen werden in dem Konzept etwa öffentlich finanzierte Bürgeranwälte, die Beratung anbieten, ohne die Unabhängigkeit von Betroffenen anzutasten.

„Durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung können Planungsverfahren verkürzt werden. Bürgerbeteiligung und Planungssicherheit sind kein Widerspruch“, so die beiden SPD-Politiker. Vielmehr würden durch rechtzeitige Einbindung aller Beteiligten Konflikte verkleinert.

Dabei dürfe Bürgerbeteiligung jedoch nicht dazu missbraucht werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. „Vielmehr geht es um einen ehrlichen Schritt hin zu mehr Demokratie“, so Pronold und Bartol.

• 15. Dezember 2011

[Jochen Wiemken](#)

Jochen Wiemken, Jahrgang 1977, ist seit 2005 Mitarbeiter des SPD-Parteivorstandes.

Geboren in Oldenburg studierte er in Kiel, Granada und schließlich in Berlin Politikwissenschaft.

Während des Diplom-Studiums absolvierte er u. a. Praktika bei Zeitungen und Radio und war studentischer Mitarbeiter bei mehreren Bundestagsabgeordneten.

Im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale, begann er im Referat "Online und Interne Medien". Seit 2010 arbeitet er als Redakteur im Team des SPD-Newsdesk. newsdesk@spd.de



Europa

Aufruf für Europa

Liebe SPD-Genossen,

wahrscheinlich geht es Euch ähnlich wie mir: Ich habe, wenn ich an Europa und den Euro denke, dieser Tage heftig zunehmendes Magenkrampfen bis hin zu Brechreiz.

Es liegt daran, dass diese Dinge zunehmend vor die Hunde zu gehen drohen, und vor allem daran, dass von uns so wenig dagegen unternommen wird.

Europa ist unendlich viel wichtiger als S21, aber wie viel Energie verwenden wir alle vergleichsweise darauf? Fast keine!

- Ich habe als 8-jähriger Flüchtlingsjunge noch den 2. Weltkrieg erlebt. Seit dem war 66 (Sechshundsechzig) Jahre lang Frieden! So soll es um Himmels Willen bleiben!
- Ich habe mir in den 1950er Jahren noch von meinem Geschichtslehrer erzählen lassen müssen, dass Frankreich unser Erbfeind sei.
- In den Achtziger- und Neunziger Jahren hatte ich auf Europa-Geschäftsreisen an einem Tag leicht mal 5 verschiedene Währungen in der Brieftasche, von den Ein- und Ausreiseformalitäten ganz zu schweigen.
- Ich kann heute jederzeit den Ort meiner Geburt in Polen besuchen, als wäre er in Deutschland.
- Ich bin stolz auf Europa als meine kulturelle und geistige Heimat. Auf der ganzen Welt gibt es nichts, was sie mir ersetzen könnte.
- Ich will, dass meine Kinder in den Genuss des Vereinten Europa gelangen.
- Nichts wäre schlimmer für uns alle, als der Rückfall in die alte Kleinstaaterei.

Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler (Nobelpreisträger Paul Krugman) erklären bereits als "Fait Accompli", warum der Euro scheitern musste (nicht müsste).

Mir wird angst und bange, denn ich glaube an den Weg vorwärts. Stillstand war immer schon Rückschritt, und den will ich für diese Sache auf keinen Fall.

Europa und der Euro dürften, was die Beurteilung der Dinge angeht, unter uns Genossen weitgehend unstrittig sein. Es gibt dazu eine klar herausgearbeitete Position der SPE-Fraktion des Europa-Parlaments. Dank Peter Simon sind wir bestens informiert. Ich erkenne darin keinerlei Widerspruch zu dem, was ich selbst glaube.

Es gibt klare Verursacher dieser Misere: Die jahrzehntelange Misswirtschaft unserer Staaten auf der einen und die skrupellose Ausbeutung dieses Umstands von einer durch die Politik selbst entfesselten Welt-Finanzmeute auf der anderen Seite. Europa interessiert diese Leute einen Dreck, solange die eigene Kasse stimmt. Es geht finanziell und politisch alles auf unsere Kosten.

In den Finanzhauptstädten der Welt demonstrieren mittlerweile Tausende bei Tag und Nacht gegen die unkontrollierte, unlegitimierte und zerstörerische Macht der Finanz-Mafia. Wir aber, die wir als Steuerzahler und Europäer doppelt betroffen und betrogen wären, tun so gut wie nichts dagegen. Eine 30-Personen-Veranstaltung in Salem-Neufrach reicht nicht!

Müssen nicht wir, die Orts-, Kreis-, Landes-, Bundes-SPD, Europa-SP uns gemeinsam erheben und den Widerstand der Straße organisieren? vielleicht gemeinsam mit anderen Parteien, den Gewerkschaften, den Kirchen z.B.? Es muss Druck entstehen, damit sich etwas in die richtige Richtung verändert. Die Parteien dienen der Politischen Willensbildung! Also lasst es uns doch tun! Nehmen wir uns ein Beispiel an anderen Mutigeren.

29.11.201100:14,

Wolfram Klaar

Europa erhält ab jetzt einen eigenen Platz im Roten Seehas. Wir wollen hier zukünftig nicht nur die Beiträge unserer EP-Abgeordneten sondern auch Beiträge unserer Leser sowie Beiträge zur Entstehung der Europäischen Idee bis hin zur historischen Entwicklung veröffentlichen.

Wolfram Klaar ist Ortsvereinsvorsitzender in Uhlingen-Mühlhofen. Lieber Wolfram, wir haben deinen Aufruf als Anregung zur Einrichtung der Europa-Seite verstanden.

Die Redaktion



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

„Die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen muss entlohnt werden“

Diskussion zur Reform der europäischen Agrarpolitik in Kupferzell

Die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** hatte eingeladen am Donnerstagabend, den 17.11., in Kupferzell die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik zu diskutieren. Evelyne Gebhardt führte durch die Diskussion mit Ulrike Rodust, Agrarexpertin der SPD im Europäischen Parlament, Romuald Schaber, Bundesvorsitzender des BDM und Klaus Mugele, Kreisvorsitzender des DBV.

In Ihrer Einführungsrede betonte Evelyne Gebhardt, dass es sich bei der Agrarpolitik um ein Thema handelt, das alle Bürger und Bürgerinnen betrifft und von entscheidender Bedeutung für die gesamte Gesellschaft ist. Auf der gut besuchten Veranstaltung wurde engagiert diskutiert, thematisiert wurden die EU-Exporterrstattungen, die Gewinnung von Energie durch Biogasanlagen, das sog. Greening, der Bürokratieabbau als auch die Schaffung einer fairen Marktordnung für die Landwirte.

In Ihrem Eingangsstatement erläuterte Ulrike Rodust die Eckdaten der geplanten Reform und den Zeitplan des weiteren Entscheidungsprozesses. Bei der anstehenden Reform ist ihr wichtig, dass Landwirte zukünftig gezielter für

die Erzeugung von gesellschaftlichen Leistungen entlohnt werden: Eine Ausrichtung der Zahlungen an erbrachten Leistungen – etwa dem Schutz wichtiger Ressourcen wie Wasser und Boden – ist ihrer Ansicht nach der einzig gangbare Weg, weiterhin betonte sie, dass ein Bürokratieabbau erreicht werden muss. **Evelyne Gebhardt** forderte die Anwesenden auf, konkrete Vorschläge zu machen, wo und wie Bürokratie abgebaut werden könnte und diese Vorschläge an die Abgeordnetenbüros weiterzuleiten.

Romuald Schaber hält es für besonders wichtig, zukünftig faire Rahmenbedingungen für den Agrarmarkt zu schaffen und die europäische Agrarpolitik weniger am Weltmarkt auszurichten und mehr an den Bedürfnissen der Menschen in Europa. Weiterhin sprach er sich dafür aus, die Abhängigkeit der Bauern von staatlichen Zahlungen zu reduzieren und diesen mehr Freiheit zu schaffen.

Klaus Mugele möchte, dass auch in Zukunft Exporterrstattungen für Agrarprodukte gewährt werden und das der Status Hohenlohes als benachteiligtes Gebiet erhalten bleibt. Außerdem sprach er sich für die Förderung von Biogasanlagen aus und erklärte Bioenergie sei Greening pur.

Ulrike Rodust sagte hierzu, dass beim Ausbau der Biogasanlagen einiges aus dem Ruder gelaufen sei und dass es nicht die ursprüngliche Idee gewesen war, nur Strom zu gewinnen, die Wärme aber verpuffen zu lassen. Sie geht aber davon aus, dass die „Vermaisung“ der Landwirtschaft mit einer Änderung des Energieeinspeisegesetzes eingeschränkt werden wird.

Aus dem Publikum kamen Anregungen und Fragen wie es mit der Landwirtschaft in Europa weitergehen soll. Vielfältige Vorschläge und Hinweise wurden vorgebracht. Die Wortmeldungen verdeutlichten, dass bei der Reform der Europäischen Agrarpolitik eine Vielzahl von Vorschlägen und Interessen abgewogen und berücksichtigt werden müssen und dass es sich um einen äußerst komplexen Sachverhalt handelt.

Evelyne Gebhardt erklärte, dass die Beratungen zur Reform der Agrarpolitik nun in die heiße Phase kommen und dass jetzt noch die Zeit ist, Vorschläge und Anmerkungen einbringen zu können. Abschließend bedankte sie sich bei den vielen Interessierten und den Referenten und kündigte an eine weitere Diskussion

zur europäischen Agrarpolitik zu veranstalten, wenn die Reform zum 01.01.2014 in Kraft tritt.
Künzelsau, 21.11.2011 Büro Evelyne Gebhardt,
MdEP

Peter SIMON:

"Wichtiger Etappenerfolg im Bereich Daseinsvorsorge für Städte und Gemeinden"

Europäische Kommission greift zentrale Forderungen des Simon-Berichts zur Reform der EU-Beihilfenvorschriften für öffentliche Dienstleistungen auf

Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hat im Rahmen der heutigen Anhörung im Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments angekündigt, dass die Europäische Kommission in den neuen EU-Beihilfenvorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) zentrale Forderungen des Simon-Berichts, der letzte Woche mit großer Mehrheit im Plenum angenommen wurde, berücksichtigen und die derzeitigen Entwürfe dementsprechend anpassen wird. "Kommissar Almunia hat unsere klare Botschaft verstanden. Er wird den Forderungen des Europäischen Parlaments Rechnung tragen und die Beihilfenvorschriften an wichtigen Stellen nachbessern. Das ist ein wichtiger Etappenerfolg für die Erbringer und Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen, da so durch wirklich passgenaue und verhältnismäßige Regeln nicht nur der Verwaltungsaufwand unserer Städte und Gemeinden reduziert sondern die Inanspruchnahme staatlicher Ausgleichszahlungen erleichtert wird", unterstreicht der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Zu den Forderungen des Simon-Berichts, die die Kommission nunmehr zugesagt hat aufzugreifen, zählen u. a. die Erhöhung des allgemeinen Schwellenwerts zur Befreiung von der Notifizierungspflicht, also die Pflicht, eine zu erhaltende Beihilfe, bei der Kommission vorab in einem komplizierten Verfahren anzumelden und genehmigen zu lassen sowie eine spezielle Ausnahmenvorschrift (De Minimis-Regelung) für rein lokal relevante Dienstleistungen. Zudem will die Europäische Kommission in den neuen Vorschriften jetzt auch entsprechend der

Forderung des Simon-Berichts der Besonderheit sozialer Dienstleistungen wie z. B. Krankenhäuser oder Pflegeheime noch stärker Rechnung zu tragen, indem sie beispielsweise noch mehr Bereiche der sozialen Dienstleistungen von der Meldepflicht befreit. "Die Zugeständnisse von Kommissar Almunia sind gar nicht hoch genug zu werten. Es hat sich ganz im Sinne der Erbringer und Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen ausgezahlt, dass wir bei der Abstimmung über meinen Bericht im Plenum des Europäischen Parlaments vergangene Woche parteiübergreifend an einem Strang gezogen und ein deutliches Signal der Geschlossenheit bei diesem Thema an die Europäische Kommission gesendet haben" so **Peter SIMON** abschließend.

Die neuen EU-Beihilfenvorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse werden voraussichtlich gegen Ende des Jahres von der Europäischen Kommission vorgelegt und sollen Ende Januar 2012 in Kraft treten.

Brüssel, 22.11.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Lösen statt Flicker!"

Großer Wurf bei EU-Gipfel und Regulierung von Ratingagenturen nötig

"Die angekündigte Herabstufung von 15 Eurostaaten und des Eurorettungsfonds durch die Ratingagentur Standard & Poor's hat uns zweierlei deutlich vor Augen geführt: Noch einen EU-Gipfel ohne nachhaltige Wirkung können wir uns nicht erlauben und die Regulierung der Ratingagenturen muss zeitnah angegangen werden", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** im Hinblick auf den heute Abend beginnenden EU-Gipfel.

"Die Glaubwürdigkeit und die Halbwertszeit der gemeinsamen Beschlüsse haben mit jedem EU-Gipfel der letzten Monate abgenommen. Das aber haben sich die Regierungschefs unter Führung der deutsch-französischen Achse selbst zuzuschreiben. Wären sie zu einem früheren Zeitpunkt ge- und entschlossener aufgetreten, wäre die Ausgangssituation nicht so verfahren wie sie es heute ist. Stattdessen wurden fahrlässig Zeit und was noch schwerwie-

gender ist, viel an Handlungsfähigkeit verschenkt", betont **Peter SIMON**.

"Eine weitere reine Atempause hilft Europa nicht weiter, sondern erhöht das Risiko für die Eurozone", so **Peter SIMON**. Dass allerdings die von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy am Montag vorgestellten Lösungsvorschläge zum erhofften Befreiungsschlag werden können, bezweifelt das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses: „Die beiden verkaufen die Schuldenbremse als eine Neuerfindung. Das Sparregime ist aber bereits im kürzlich beschlossenen Stabilitätspakt fest geschrieben, ohne dass dies die Spekulation gegen den Euro bisher verhindert hätte. Merkels Forderung nach Vertragsänderung und Klage vor dem EuGH ist eine innenpolitische Beruhigungspille für FDP und CSU. Die Finanzmärkte lassen sich davon wenig beeindrucken. Zumal Spardiktate allein die Krisenländer nicht wieder auf die Spur bringen. Die angeschlagenen Euro-Länder brauchen dringend einen Marshallplan als Wachstumsinitiative.“ Außerdem müsse die Bundesregierung endlich ihre Ablehnung neuer Kriseninstrumente aufgeben. "Euro-Bonds sind keine Glaubensfrage, sondern ein Finanzinstrument, das, klug ausgestaltet, niemanden zum bloßen Zahlmeister macht", unterstreicht **Peter SIMON**.

Dringender Handlungsbedarf besteht zudem bei den Ratingagenturen. "Die Ratingagenturen haben nun endgültig zum Sturm auf die Eurozone geblasen. Das können wir uns nicht mehr bieten lassen. Es kann nicht sein, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf diese Weise treiben und die Konditionen von denen diktieren lassen, die auch noch ein geschäftliches Interesse am Ergebnis des Ratings haben. Dem muss endlich gesetzlich in der Europäischen Union ein Riegel vorgeschoben werden", fordert **Peter SIMON**. "Die von der Kommission vorgelegten Vorschläge reichen hierfür aber bei weitem nicht aus. Wir Sozialdemokraten im Wirtschafts- und Währungsausschuss werden deshalb alles daran setzen, hier entscheidend nachzubessern."

Brüssel, 08.12.2011

*Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP*

Evelyne GEBHARDT:

"Für Frauen geht es in der Europäischen Union aufwärts"

In einer Zeit, in der viele Krisen die Europäischen Union erschüttern, unterstreicht die Europaabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, **Evelyne GEBHARDT**, die Errungenschaften der Europäischen Union für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Bei einem Besuch des Internationalen Frauenclubs aus Karlsruhe im Straßburger EU-Parlament machte **Evelyne GEBHARDT** Mut: "Die verstärkte Debatte über Gleichstellungsfragen auf Europäischer Ebene brachte viel Bewegung in den Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang wurden auch gesetzliche Frauenquoten debattiert, die heute in vielen Europäischen Ländern existieren. In Deutschland hängen wir im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn hinterher. Deshalb ist es gut, dass mit der Kommissarin Viviane Reding nun auch die Europäische Kommission die Diskussion beschleunigt und verstärkt für mehr Frauen in Führungspositionen eintritt."

Von der bevorstehenden dänischen Ratspräsidentschaft erhofft sich **Evelyne GEBHARDT** ab Januar 2012 weitere entscheidende Impulse, wurde im Oktober dieses Jahres in Dänemark mit Helle Thorning-Schmidt erstmals eine Frau zur Ministerpräsidentin gewählt. "Ich kenne sie noch gut aus unserer gemeinsamen Zeit im Europäischen Parlament, in der wir für die Rechte der Frauen eingetreten sind und bin voller Zuversicht, dass wir im kommenden Jahr mit noch größeren Schritten einer gerechteren Gesellschaft entgegen gehen, in der Frauen und Männer nicht nur gleiche Rechte sondern auch gleiche Chancen haben."

Künzelsau, 15. Dezember 2011

Für weitere Informationen:

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Versteckspiel im Europäischen Parlament

Hohenloher Gewinner des Europäischen Schülerwettbewerbs

besuchen Evelyne Gebhardt in Straßburg.

Die Hohenloher Gewinner und Gewinnerinnen des traditionsreichen Europäischen Schülerwettbewerbs wurden im Mai ausgezeichnet. Bei dieser Gelegenheit lud sie die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt wie jedes Jahr nach Straßburg ein, um ihre besonderen Leistungen zu würdigen.

24 Kinder und 8 Begleitpersonen machten sich am 15. Dezember frühmorgens im Bus auf den Weg nach Straßburg. Dort angekommen wurde zuerst mit einem Boot zum Kommentar mittelalterlicher Piraten die Stadt erkundet. So erfuhren die Kinder wie häufig die Bürger ihre Nationalität wechseln mussten, wie die mittelalterlichen Gerber arbeiteten und mit welcher Mühsal das Leben früher in der historischen Altstadt von statten ging.

Die Kinder erfuhren auch, dass das Europäische Parlament in Straßburg angesiedelt wurde um ein Zeichen der Aussöhnung in einer lange umkämpften Region zu setzen. Nach der Bootsfahrt und gestärkt durch elsässische Flammkuchen und französische Limonade ging es dann weiter ins Parlament, wo Evelyne Gebhardt die Schüler und Schülerinnen aus Dörzbach und Ernsbach empfing.

Neugierig stellten die Kinder der Abgeordneten viele Fragen über die Hauptstädte und Sprachen Europas und lernten viel über das Zusammenleben- und arbeiten der Nationen. Auch die vielen verschiedenen Staaten der EU wurden gesammelt und Politik erfahr- und fassbar gemacht.

Besonders spannend war der Besuch der Besuchertribüne des Plenarsaals, wo die Kinder alle Sprachen des Europäischen Parlamentes anhören konnten und den riesigen Saal bestaunen durften.

Verstecken spielen ist im großen Parlamentsgebäude nicht erlaubt, doch hatten die Kinder viel Spaß und traten gesund und munter nach einem ereignisreichen, spannenden Tag die Heimreise nach Hohenlohe an.

Auch in diesem Schuljahr wird der Europäische Schülerwettbewerb wieder ausgetragen und die Gewinner können sich wieder auf eine Überraschung freuen.

Künzelsau, 20. 12. 2011 Büro Evelyne Gebhardt,
MdEP

Landespolitik:

Bundesregierung schiebt Südbahn auf die lange Bank

Zum heute vorgelegten Investitionsrahmenplan 2011-2015 erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**:

„Das Bundesverkehrsministerium hat heute einen Entwurf des Investitionsrahmenplanes 2011-2015 vorgelegt. Die Elektrifizierung der Südbahn gehört demnach nicht zu den Projekten, die bis 2015 realisiert werden sollen. Trotz vollmundiger Bekundungen der CDU und der IHK wird die Südbahn, wenn überhaupt, nicht vor 2015 gebaut. Noch vor wenigen Wochen hatten insbesondere Politikerinnen und Politiker der CDU sowie die IHK die Elektrifizierung als gesichert erklärt.

Das Verkehrsministerium führt das Projekt nunmehr nur als „wichtiges Vorhaben“ im frühen Planungsstadium, mit dem nicht vor 2015 begonnen werden kann und für das keine finanziellen Mittel vorgehalten werden. Damit haben wir es nun schwarz auf weiß: Die Bundesregierung interessiert sich nicht für dieses wichtige Projekt in unserer Region, sondern schiebt es auf die lange Bank.“

Ulm, 15. 12. 2011, Büro Hilde Mattheis, MdB

Riesenenttäuschung über Schwarz-Gelb:

Südbahn doch nicht im Investitionsrahmenplan

BERLIN – Böses Erwachen heute in Berlin: Entgegen aller Beteuerungen von Verkehrsminister Ramsauer und der CDU-Abgeordneten aus der Region ist die Südbahn aus dem neuen Investitionsrahmenplan der schwarz-gelben Bundesregierung gestrichen worden und nur noch unter "weitere Vorhaben" aufgelistet, mit denen nicht vor 2015 begonnen wird.

"Das ist ein schwerer Schlag für unsere Region", so der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster. "In den letzten Wochen haben Verkehrsminister Ramsauer und die Kollegen der Regierungsfractionen immer wieder betont, der Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Ulm über Biberach und Ravensburg nach Friedrichshafen und nach Lindau werde wieder im Investitionsrahmenplan stehen. Jetzt zeigt sich, dass die skeptisch-

en Stimmen mit ihren Befürchtungen richtig lagen, dass Schwarz-Gelb die Südbahn aus dem Plan streicht." Dies sei auch deshalb besonders bitter, weil die Landkreise und Gemeinden, aber auch die IHK und viele andere erhebliche Gelder in die Vorplanungen für die Ertüchtigung der Strecke gesteckt haben. Trotz der schlechten Nachrichten aus dem Bundesverkehrsministerium gibt es nach Ansicht Gersters Hoffnung, dass die Südbahn bis zum Ende des Jahrzehnts ausgebaut und elektrifiziert ist. Grund: Die grün-rote Landesregierung in Stuttgart hat in den jetzt vorgelegten Entwurf des Landeshaushalts erhebliche Finanzmittel für den Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn eingestellt, wodurch eventuell eine Vorfinanzierung möglich wird. Gerster: "SPD und Grüne haben die Hausaufgaben gemacht, Schwarz-Gelb kann wieder einmal nicht liefern."

15.12.2011

Alexander Geisler M.A.,
Büro Martin Gerster, MdB

Südbahn wie die CDU es sah - und heutiger Stand

Vor der S21-Volksabstimmung meldete die CDU im Südkurier (19. und 25.10.2011): „Der Bundestagsabgeordnete Andreas Schockenhoff brachte die Nachricht aus Berlin mit – und zwar von Bundesminister Peter Ramsauer: Die Südbahn-Elektrifizierung werde mit 70 Millionen Euro in den noch dieses Jahr zu verabschiedenden Investitionsrahmenplan des Bundes aufgenommen.

Die günstige Bewertung der Südbahn im Vergleich der Alpen-Zulaufstrecken basiert auf Stuttgart 21, so die CDU weiter. Die internationale Studie „Bewertung von Investitionen zum Ausbau deutscher Eisenbahnstrecken im Zulauf zur NEAT“ im Vergleich der drei Strecken Stuttgart-Singen-Zürich (Gäubahn), Ulm-Friedrichshafen-Lindau (Südbahn) sowie München-Memmingen-Lindau (Allgäubahn) ergab: Die **Südbahn** hat mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von **bis zu 2,4 ein außergewöhnlich gutes Ergebnis** erzielt. Die Allgäubahn erzielte einen Wert von bis zu 2,0, die Gäubahn konnte bei keiner Variante über den kritischen Wert von 1,0 gelangen.

Allerdings erst mit der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm könne die Elektrifizierung der Südbahn ihre volle verkehrliche Wirkung entfalten. „Wer also Stuttgart 21 ablehnt, gefährdet die Elektrifizierung der Südbahn“, hieß es in

der CDU-Mitteilung weiter.“ Schockenhoff beschuldigte die Zweifler damals der „gezielten Falschaussage“.

<http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/friedrichshafen/CDU-Fraktion-Die-Suedbahn-Elektrifizierung-kommt.art372474,5183566>

<http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/bodenseekreis/Schockenhoff-CDU-Suedbahn-liegt-voll-im-Zeitplan.art410936,5170376>

Der Entwurf des Investitionsrahmenplans 2011 – 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP) Stand 14.12.2011 ist da.

<http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/76848/publicationFile/49522/investitionsrahmenplan-2011-bis-2015-irp.pdf>

Ab Blatt 32 (Anlage 1 Seite 4) sind die Schienenprojekte aufgeführt. Hier bekommt der Ausbau München-Lindau höchste Priorität. Erst zweitrangig folgt die Gäubahn (Stuttgart-Singen) und ausgebootet **drittrangig** (Baubeginn nicht vor 2016) folgt die **Südbahn** (Ulm-FN-Lindau). Die Reihenfolge ist also Verkehrsminister Ramsauers Bayern, Fraktionschef Kauders Gäu-Wahlkreis und dann abgehängt das Riebsamen-Schockenhoff-Müller-Oberschwaben. Die Nutzen zu Kosten Relation hätte eindeutig für die **Südbahn mit höchster Priorität** gesprochen.

117.12.2011

Bernd Caesar

Sigmar Gabriel gratuliert Erhard Eppler

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel gratuliert Erhard Eppler zu seinem 85. Geburtstag am 9. Dezember 2011 mit folgendem Schreiben:

Zu Deinem 85. Geburtstag gratuliert Dir die gesamte SPD, aber vor allem auch ich persönlich, ganz herzlich.

Du hast unserem Land, aber auch der SPD in den 55 Jahren Deiner Mitgliedschaft als Bundesminister, Landesvorsitzender, Fraktionsvorsitzender und als kritischer und stets produktiver Begleiter viel gegeben. Dafür danke ich Dir von ganzem Herzen!

Du warst Minister in Helmut Schmidts und Willy Brandts Kabinetten. Als Landes- und Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg,

als SPD-Präsidiumsmitglied, als Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD oder als Kirchentags-Präsident hast Du Deutschland mit gestaltet. Mit vielen politischen Büchern und Essays hast Du weit über Deine aktive Zeit hinaus Debatten angestoßen und bist bis heute eine intellektuelle und eine moralische Instanz.

Mit großer Energie und hohem Engagement hast Du der Politik der SPD auf vielen Gebieten Deinen Stempel aufgedrückt. Stets waren Deine Beiträge auf der Höhe der Zeit, und oft gingen Sie darüber hinaus. Die programmatische Entwicklung der SPD hast Du über Jahrzehnte angetrieben. Das reicht bis in die 1970-er Jahre zurück: Schon in diesen Jahren hast Du Achtsamkeit beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen angemahnt. Du hast einen neuen Wachstumsbegriff formuliert, bevor es eine Umweltbewegung gab. Du hast die Kernenergie abgelehnt, bevor das Mehrheitsmeinung in der SPD und im Land wurde. Als Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD hast Du das Berliner Programm entscheidend geprägt, das Sozialdemokratie und neue soziale Bewegungen versöhnte. Auch bei Deiner programmatischen Arbeit verbandest Du Zeitanalyse mit praktischem politischem Handeln.

In der Grundwertekommission, deren langjähriger Vorsitzender Du warst, hast Du den schwierigen Dialog zwischen SPD und SED aufgenommen. Ihr habt die SED dazu bewegt, universell gültige Bürgerrechte anzuerkennen. Auch, wenn Du dafür von den Konservativen heftig angefeindet wurdest – das Grundsatzpapier von Sozialdemokraten und Kommunisten hat zum Untergang der SED-Diktatur beigetragen.

Deine Rede vom 17. Juni 1989 wurde zu einem Glanzpunkt in der Geschichte des westdeutschen Parlamentes: Auch hier hast Du wieder Deine ungewöhnlich große Fähigkeit zum Erspüren von Entwicklungen bewiesen. Dem SED-Regime, das viele für unerschütterlich hielten, hast Du in dieser großen Rede seine Reformunfähigkeit attestiert und das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen eingefordert. Bei allem programmatischen Engagement bist Du immer pragmatischer Gestalter geblieben. Die Reformpolitik der SPD hast Du verteidigt und sie trotz aller Kritik daran vertreten. Auch heute zeigt sich das immer wieder. Für Dich misst sich Politik an der Machbarkeit ebenso wie an ihrem Beitrag zum ge-

meinsamen Wohl. Damit stehst Du fest in der Tradition der Arbeiterbewegung.

Es ist unbestreitbar: Die Führung der SPD hat manchmal mit Dir gehadert. Aber immer waren sie froh, einen wie Dich in ihren Reihen zu wissen. Deine unermüdliche und zugleich loyale und kritische Begleitung der Sozialdemokratie ist für uns alle unverzichtbar. Es gibt nicht viele in der SPD, die große Linien denken und zugleich tagespolitisch handeln können. Das macht Deinen Rat für mich wie für die ganze Partei so wertvoll.

Berlin, 8. Dezember 2011
SPD Presseservice



Politische Bildungsfahrt mit MdB Gerster

50 Bürger schauen in Berlin hinter die Kulissen von Parlament und Kanzleramt

BERLIN - 50 Bürger haben jetzt mit dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster wieder ungewöhnliche Einblicke in den politischen Betrieb der Bundeshauptstadt Berlin gewinnen können. Mit dabei waren unter anderem aus dem **Bodenseekreis** Gersters Praktikantin Saskia Merkel und SPD-Mitglieder. Vier Tage dauerte die vom Bundespresseamt organisierte Fahrt und bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Gersters Wahlkreis und seinen drei Betreuungswahlkreisen zahlreiche Möglichkeiten der politischen Information und Diskussion.

Engagiert wahrgenommen wurde das unter anderem beim Besuch des Kanzleramts, des Bundesgesundheitsministeriums, den Begegnungen in der Landesvertretung Baden-Württemberg und in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen von 1945, dem Schloss Cecilienhof. Besonders beeindruckt waren die Teilnehmer vom ehemaligen Untersuchungsgefängnis der DRStaatsicherheit. Als Museum betreibt es jetzt eine Initiative von Bürgern, die teilweise selbst Opfer

waren, die Folgen der Stasigewalt aufarbeiten oder sich in der Opfertherapie engagieren.



Photo: Büro Gerster

Beim Treffen mit Martin Gerster erläuterte dieser den Gästen aus der Heimat seine Arbeit in Parlament, Finanz- und Sportausschuss, etwa als sport-politischer Fraktionssprecher und Berichterstatter für Geldpolitik, Wirtschaftskriminalität und Jahreswirtschaftsbericht, und führte die Teilnehmer noch durchs Reichstagsgebäude. Eine dreistündige, an politischen Punkten orientierte Stadtrundfahrt rundete das Programm ab.

Biberach, den 28. November 2011

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Interessierte können sich in Martin Gersters Bürgerbüro- unter Telefon 07351/3003000 oder EMail

martin.gerster@wk.bundestag.de

bewerben.

Mitgliederbrief 2011/2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Jahr 2011 neigt sich dem Ende entgegen. Ein hartes Jahr sollte man meinen, es ist aber beinahe ein historisches Jahr. Nach knapp 58 Jahren haben die Grünen und wir die CDU auf die Oppositionsbank gebracht. Die Freude über den gelungenen Regierungswechsel wird aber getrübt durch den Verlust von Norbert Zeller als unseren Landtagsabgeordneten.

Trotz der Unzufriedenheit über die Bundespolitik und die wechselhafte Haltung unserer Bundesregierung in vielen Bereichen, hat es anscheinend einer Fukushima-Katastrophe bedurft, um den Wechsel zu erreichen.

S21 war ein Unruheherd in unserem Lande und auch in unserer Partei. Wir haben viele Genossinnen und Genossen verloren; auch viele Unterstützer haben uns auf Grund von S21 verlassen. Ein wichtiges Mitglied unseres Kreis-

vorstandes ist hauptsächlich wegen S21 zurückgetreten. Leider müssen wir nächstes Jahr einen Nachfolger für Dieter Stauber nachwählen. Aus fröhlicherem Anlass verlässt Daria Napolano den Vorstand. Daria erwartet die Geburt ihres Kindes.

Für nächstes Jahr versuchen wir vom Kreisvorstand, die Jusos sowie die Hochschulgruppe der Zeppelin University, wichtige Persönlichkeiten unserer Partei für öffentliche Veranstaltungen in den Bodenseekreis zu holen.

1. Holger Maas hat Ivo Gönner für das Dreikönigstreffen gewinnen können.

2. Schon am 03.02 haben wir mit Martin Gerster die erste Veranstaltung des Kreisvorstandes auf dem Programm.

3. Am 13.02.2012 ist MdB Josip Juratovic zu Besuch im Kreis und in der Zeppelin University.

4. Der politische Aschermittwoch wird wieder reaktiviert. 2012 werden wir den neuen Anfang mit Ottmar Schreiner erleben.

5. März/April wird uns unsere Integrationsministerin besuchen.

6. Rainer Arnold, MdB und ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses wird die SPD auf dem Internationalen Ökumenischen Bodensee-Kirchentag auf der Podiumsdiskussion zur Rüstungsindustrie vertreten.

7. Unsere Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer versuche ich für eine Veranstaltung im Zeitraum Mai/Juni zu platzieren.

8. Für Oktober plane ich eine Veranstaltung mit Dr. Nils Schmid.

9. Unser betreuender Landtagsabgeordneter Klaus Käppeler versprach uns für 2012 mindestens 3 Besuche.

2012 werden wir uns aber auch auf der Straße aktiv zeigen:

1. Eine Jugendkampagne planen wir über den gesamten Kreis ab Ende Februar zu starten, Koordinationsgespräche werden wir, die Jusos sowie der Kreisvorstand, bald anfangen.

2. März/April werden wir eine Kampagne zur „Kultursensiblen Pflege und Bestattung“ angehen.

3. Präsenz „vor Ort“ mit Bürgergesprächen und Infoständen unter dem Motto „Jahr eins nach dem Wechsel“ werden wir höchstwahrscheinlich ab Juni starten.

4. Themenspezifische Veranstaltungen wird es noch geben, die Veranstaltungen werden erst zeitnah bekannt gegeben.

Somit werden wir 2012 sicherlich die Hände nicht in den Schoß legen, denn 2012 legen wir den Grundstein für eine gelungene Bundestagswahl 2013, deswegen sind eure Mitarbeit und euer Einsatz gefragt; jede Genossin und jeder Genosse ist herzlich Willkommen mit-zuwirken.

Dieter Stauber danke ich für seinen Einsatz herzlich, Daria wünsche ich für sie und ihre Familie alles Gute und viel Glück mit ihrem Baby.

Euch, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich Zeit für Ruhe und Besinnlichkeit, für fröhliche Weihnachten im Kreise eurer Familien sowie einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2012.

Euer
Adnan Sabah

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Freitag, 03.02.2012, 19:30

Festhalle Ittendorf
Bundestagsfraktion
Martin Gerster, MdB
Thema: **Rechtsextremismus**

Donnertag, 12.01.2012, 19:30

Stammtisch
Grüner Baum, Stetten

Kreisvorstandssitzung

Montag, 23.01.2012 19:30

Überlingen

Krone, Nebenzimmer
OV Bermatingen:

Jahresabschlussfeier
Samstag, 07.01.2012, 16:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 26.01.12, 20 Uhr

Ort folgt

1. Bericht aus dem Gemeinderat
2. Aktuelles aus Land und Bund
3. Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Markdorf:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 12.01.2012, 20:00 Uhr

Ort: Gasthaus Krone

OV Meersburg:

Hock:

Donnerstag, 18.01.2012, 20:00 Uhr

Ort: Im Truben

Präsentation OV-Arbeit 2010/11

Donnerstag, 18.01.2011

Daisendorf, Rathaus

Vorstandssitzung

Donnerstag, 26.01.2012, 20:00 Uhr

Guttschänke

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung

Dienstag, 10.01.2012, 19:30 Uhr

Ort: Traube Waggerhausen

**Gedenkstunde für die Opfer des
Nationalsozialismus**

Freitag, 27.01.2012, 17:00 Uhr. Ort: Fridolin-
Endraß-Platz

OV Langenargen:

Dreikönigstreffen

Datum Freitag, den 06.Januar 2012

Uhrzeit 10.30 Uhr

Ort: Münzhof Langenargen

Ivo Gönner

Oberbürgermeister der Stadt Ulm und
„ehemaliger Präsident“ des Deutschen
Städtetages Er spricht zum **Thema:**

**Kommunale Politik mit den Bürgern
gemeinsam gestalten**

Fortsetzung auf Seite 34

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Staatspolitische Kommission des Nationalrates:

Volksinitiativen sollen rascher vors Volk kommen

Die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrates spricht sich einstimmig dafür aus, dass die maximale Behandlungsfrist für Volksinitiativen verkürzt wird. Eine gründliche Auseinandersetzung mit den Argumenten einer Volksinitiative soll aber nach wie vor gewährleistet bleiben.

Nationalrätin Graf-Litscher (SP, TG) verlangt mit ihrer parlamentarischen Initiative (**11.455 Volksinitiativen rascher vors Volk**), dass die dem Parlament gesetzten Fristen für die Behandlung von Volksinitiativen verkürzt werden. Heute beträgt diese Frist 2 ½ Jahre; die Frist kann ein erstes Mal um 1 Jahr verlängert werden, wenn ein Rat einen direkten oder indirekten Gegenentwurf angenommen hat. Eine zweite Verlängerung um ein weiteres Jahr ist möglich, wenn ein indirekter Gegenentwurf noch in der Differenzbereinigung steht.

Die SPK ist zwar der Auffassung, dass es im Interesse der Volksrechte liegt, wenn genügend Zeit zur Verfügung steht, damit sich die Öffentlichkeit und die Behörden sorgfältig mit dem Thema einer Volksinitiative auseinandersetzen können. Volksinitiativen erzielen häufig einen Teilerfolg, indem sie die Ausarbeitung von erfolgreichen Gegenentwürfen auslösen. Diese Ausarbeitung braucht Zeit. Das Beispiel der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ zeigt aber, dass das Lancieren von mehreren Gegenentwürfen und die Möglichkeit einer zweiten Fristverlängerung den Eindruck erwecken können, dass hier die Volksabstimm-

ung mit taktischen Motiven verzögert wird.

Die SPK berät zurzeit eine vom Ständerat bereits beschlossene Änderung des Parlamentsgesetzes (10.440 Pa.Iv. SPK-SR. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes). Die Kommission hat mit 24 zu 0 Stimmen im Grundsatz beschlossen, das Anliegen der parlamentarischen Initiative Graf-Litscher in diese Vorlage zu integrieren. Im Vordergrund steht dabei die Aufhebung der zweiten Möglichkeit zur Fristverlängerung. Die Einzelheiten werden bei der Detailberatung dieser Vorlage geprüft werden.

11.464 n Pa.Iv. Borer. Volksabstimmungen. Vereinfachung und Transparenz bei Abstimmungsverfahren zu Initiativen mit Gegenvorschlag

Mit seiner Initiative verlangt Nationalrat Borer (V, SO), dass bei Abstimmungen über Volksinitiativen, denen ein direkter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird, keine Stichfrage mehr gestellt wird. Vielmehr soll bei einem Doppelten Ja jene Vorlage obsiegen, welche mehr Stimmen erhalten hat. Die Kommission spricht sich mit 15 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung gegen diese Initiative aus. Sie weist darauf hin, dass das heutige System mit Stichfrage, welches eine differenzierte Meinungsäußerung der Stimmberechtigten ermöglicht, in der Praxis nie Probleme gestellt hat. Würde der Vorschlag des Initianten angenommen, dann würden die beiden Vorlagen direkt einander gegenübergestellt, was ihre jeweiligen Annahmehancen vermindert. Die Stimmenden könnten ihre Präferenzordnung nicht mehr klar zum Ausdruck bringen: Wer zum Beispiel Initiative und Gegenvorschlag dem Status quo vorzieht, die Initiative aber besser als den Ge-

genvorschlag findet, steht vor der Frage, ob er den Gegenvorschlag nicht doch besser ablehnt, damit dieser nicht am Ende über die Initiative obsiegt.

10.090 n Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!). Volksinitiative

Nachdem sich der Ständerat am 20. September 2011 mit 32 zu 2 Stimmen deutlich dagegen ausgesprochen hat, Volk und Ständen einen direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk!“ gegenüberzustellen, beantragt die Kommission dem Nationalrat mit 21 zu 4 Stimmen, sich diesem Beschluss anzuschliessen. Der Nationalrat hatte sich am 13. April 2011 mit 115 zu 52 Stimmen für den Gegenentwurf ausgesprochen. Die Argumente des Ständerates, wonach es schwierig sein würde, im Abstimmungskampf die Unterschiede des Gegenentwurfs gegenüber der Initiative deutlich zu machen, vermochten nun aber die Kommission davon zu überzeugen, dass es besser ist, die Volksinitiative alleine zur Abstimmung zu bringen.

10.512 n Pa.Iv. Glanzmann. Symbole der christlich-abendländischen Kultur sind im öffentlichen Raum zulässig

Nachdem die Ständeratskommission ihre Zustimmung zum positiven Vorprüfungsbeschluss verweigert hat, beantragt die Kommission nun ihrem Rat mit 13 zu 9 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Die Initiative fordert, dass die Symbole der christlich-abendländischen Kultur im öffentlichen Raum durch eine neue Verfassungsbestimmung ausdrücklich für zulässig erklärt werden. Die Argumente Pro und Contra können den Medienmitteilungen der beiden SPK vom 20.5. bzw. 14.10.2011 über die ersten Beratungen der Initiative entnommen werden.

10.537 n Pa.Iv. Zisyadis. Bürokratie-Stopp!

Nachdem die Ständeratskommission ihre Zustimmung zum positiven Vorprüfungsbeschluss verweigert hat, beantragt die Kommission ihrem Rat mit 15 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben. Die Initiative verlangt wie die von der FDP lancierte Volksinitiative die Verankerung eines Grundrechts auf verständliche Gesetze und unbürokratische Anwendung der Gesetze. Die Argumente Pro und Contra können den Medienmitteilungen der beiden SPK

vom 20.5. bzw. 14.10.2011 über die ersten Beratungen der Initiative entnommen werden.

Bern, 18.11.2011

Parlamentsdienste

Auskünfte: Yvan Perrin, Kommissionspräsident

Martin Graf, Kommissionssekretär

spk.cip@parl.admin.ch



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Voranschlag 2012:

Bürgerliche müssen Kreide fressen

Nachdem die bürgerlichen Parteien über Jahre hinweg Gutverdienenden und Unternehmen die Steuern gesenkt und damit dem Kanton dringend benötigte Einnahmen entzogen haben, müssen SVP, FDP und CVP nun Kreide fressen und einer Erhöhung des Staatssteuerfusses um 10 Prozent zustimmen. Aufgrund der sich verschlechternden konjunkturellen Aussichten wird es dabei nicht bleiben, bereits im Budget 2013 wird eine weitere Erhöhung des Steuerfusses notwendig sein, denn für die SP ist klar: Ein weiteres massives Sparpaket ist nicht machbar! Hingegen sind durch die Erhöhung des Vermögenssteuersatzes und der Unternehmensbesteuerung Mehreinnahmen zu generieren. Die SP wird dahingehend Vorstösse einreichen.

Die SP-Fraktion wird dem Voranschlag 2012 zustimmen, sich in der Beratung jedoch unter Anderem für die Schaffung dringend benötigter Stellen stark machen. Dass die Regierung sämtliche Vorgaben des Kantonsrates von sich aus erfüllt hat und der Personalaufwand stagniert, ist in einigen Bereichen nicht nachvollziehbar und unverantwortlich. Ohne zusätzliche Ressourcen kann die Aufsichtsbehörde den Aufbau der regionalen Kinder- und Erwachsenenschutz-Behörde nicht begleiten und überwachen und ist die Umsetzung der Spitalplanung mit Spitalliste und Leistungsvereinbarungen nicht zu sinnvoll zu kontrollieren. Auch zur Bewältigung der erhöhten Investitionsvolumen im Hochbauamt sowie der Verbesserung des Energiemanagements, sind die Stellenbegehren ausgewiesen. Dass die neu geschaffene Übergangsabteilung im Saxerriet nicht wie geplant betrieben werden sollen kann, ist für die SP unverständlich.

Angebotsweiterung an der PHSG erst ab 2015

Viel zu diskutieren gab der Nachtrag zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule des Kantons St. Gallen. Das Kompetenzgerangel zwischen Bund und Kantonen bei der Ausbildung der Berufsfachlehrpersonen und Mittelschullehrpersonen ist störend, gleichzeitig will die SP die Weiterentwicklung der PHSG nicht beschneiden. Die Angebotsweiterung an der PHSG verursacht Mehrkosten von einer Viertelmillion Franken. In Zeiten diverser Sparpakete wird damit der mögliche Ausbau anderer Bildungseinrichtungen eingeschränkt. Die SP wird dem Kantonsrat beantragen, den Ausbau auf den Bereich Berufsfachlehrpersonen zu beschränken und den Vollzugsbeginn aus finanzpolitischen Gründen auf 2015 zu verschieben.

Professionalisierung im Kindes- und Erwachsenenschutz wichtig

Die angestrebte Professionalisierung des Kindes- und Erwachsenenschutz droht aufgrund der vielen Streichungsanträge der vorberatenden Kommission leider zumindest teilweise auf der Strecke zu bleiben. Die SP bedauert, dass die fachlichen Voraussetzungen verwässert werden. Die SP wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Mitglieder der KES-Behörde nicht gleichzeitig dem Gemeinderat oder der Verwaltung der beteiligten Gemeinden angehören dürfen. Die Mitglieder der Behörde müssen unabhängig und frei entscheiden können.

Die SP wird sich beim Gesetz über die Spitalplanung und –finanzierung in 2. Lesung dafür einsetzen, dass die Zuständigkeit über die Spitalliste bei der Regierung verbleibt. Schliesslich wollen sogar die Privatspitäler selber nichts von einem Systemwechsel wissen.

Dem IV. Nachtrag zum Energiegesetz stimmt die SP zu. Am ausserordentlichen Parteitag vom 29. November werden die Delegierten der Kantonalpartei über die Einreichung einer Energieinitiative im Kanton St.Gallen befinden. So sollen dem Kanton die notwendigen Mittel zugesprochen werden, um die Energiewende zu schaffen.

SP solidarisiert sich mit MitarbeiterInnen von swissprinters

Die SP-Fraktion hat sich an der Fraktionssitzung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von swissprinters St.Gallen solidarisiert. Die SP unterstützt die Forderung der Gewerk-

schaften, alles zu unternehmen, um die Arbeitsplätze bei der Ex-Zollikofer AG zu retten. „Die St. Galler Regierung und der Hauptaktionär Ringier AG sind in der Pflicht und müssen alles daran setzen, dass die 170 Arbeitsplätze in St.Gallen erhalten bleiben!“, so Fraktionspräsidentin Barbara Gysi.

St.Margrethen, 19. 11. 2011 Weitere Auskünfte:
o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Die Hochschulabgabe ist eine abstruse Idee

Die SP hat die abstruse Forderung der IHK, eine Hochschulabgabe einzuführen mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis neoliberale Kreise auf solche Ideen kommen. Die SP verlangt, dass die Chancengleichheit im Bildungswesen gestärkt wird und alle ein Leben lang freien Zugang zu Bildung erhalten.

„Es ist ungeheuerlich, dass die IHK die Forderung nach einer Hochschulabgabe formuliert und damit die frei zugängliche Bildung und die Chancengleichheit in Frage stellt“, sagt SP-Bildungspolitiker und Kantonsrat Donat Ledergerber. Für die SP ist klar: Es besteht grundsätzlich kein Unterschied darin, ob man direkt für Bildung bezahlen oder diese nach erfolgtem Abschluss nachfinanzieren muss. In jedem Fall verletzt es unser traditionelles Verständnis von standesunabhängigen Bildungschancen. Immer mehr Studierende müssen heute schon zusätzlich zu den Studiengebühren für den normalen Lebensunterhalt ein zinsloses Darlehen aufnehmen. Dass sie dieses und die Studiengebühren nach ihrem Studium zurückzahlen sollen, entbehrt jeglicher Vorstellungskraft. Die SP hat sich bereits gegen die jüngste Erhöhung der Studiengebühren im Kanton St.Gallen ausgesprochen.

Bildung muss mit Steuern finanziert werden

In unserer Gesellschaft finanziert die beruflich aktive Bevölkerung der nachkommenden Generation die Ausbildung, und zwar via Steuern und somit entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das hat sich nicht nur über Jahrhunderte hinweg bestens bewährt, sondern ist auch in sich logisch, fair und gerecht. Davon ist auch Parteipräsidentin Claudia Friedl überzeugt: „Bildung ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass alle – auch Bildungsferne, Bildungsschwache und Bildungsbenachteiligte

– in ihren Bildungsanstrengungen gezielt gefördert und unterstützt werden. Mit der Aussicht auf einhunderttausend Franken Schulden im Nacken ist das nicht mehr gewährleistet. Die Rückzahlung fällt in die Zeit der Familiengründung. Das kann ja wohl nicht das Ziel sein.“

Wenn in Bildung und Ausbildung mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit geschaffen werden soll, dann hätte dies über Bildungsgutscheine zu erfolgen, weil nur dieses System eine gerechte Lösung garantieren könnte. Auch ein Ausbau der Stipendien muss wieder ins Auge gefasst werden.

St.Gallen, 23. November 2011 Weitere Auskünfte:
o Donat Ledergerber, Kantonsrat
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin

Paul Rechsteiner Ständerat – Die Sensation ist geschafft!

Nach 40 langen Jahren sind SP und Gewerkschaften erstmals wieder im Ständerat vertreten: Paul Rechsteiner hat die Sensation geschafft! Die SP ist hochofren, mächtig stolz und gratuliert Paul Rechsteiner zur hervorragenden Wahl.

Noch vor ein paar Wochen hätte es niemand für möglich gehalten, nun ist es Tatsache: Paul Rechsteiner, SP-Nationalrat und Präsident des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat mit 37.8 Prozent der Stimmen das spannende Rennen um den 2. Ständeratssitz für sich entschieden. SP, Gewerkschaften, Frauen, Junge, Kulturschaffende und viele mehr haben am besten mobilisiert. SVP-Präsident Toni Brunner und dem CVP-Notnagel Michael Hüppi blieb nur das Nachsehen. Das St.Galler Stimmvolk möchte neben den rechtsbürgerlichen, auch die ökologischen und sozialen Stimmen des Kantons St.Gallen im Stöckli vertreten wissen. Der frischgewählte Ständerat Paul Rechsteiner sprach an der Wahlfeier am Sonntagnachmittag von einer historischen Wahl.

St.Gallen, 27. November 2011 Weitere Auskünfte:
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär



St.Galler Bevölkerung sagt Ja zur Abschaffung, leider auch zum Gegenvorschlag

Das überparteiliches Komitee "Abschaffung der Pauschalsteuer freut sich, dass sich 51.9 Prozent der St.Galler StimmbürgerInnen für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer ausgesprochen haben. Leider hat sich ein knapp grössere Mehrheit bei der Stichfrage für den Gegenvorschlag der Regierung entschieden. So ist leider die Steuerungerechtigkeit nicht aus der Welt geschafft, lediglich etwas abgeschwächt worden.

Dass die Pauschal- oder Aufwandbesteuerung nur den Besteuerten selber, nicht aber dem Kanton Vorteile bringt, ist hinlänglich erwiesen. Dennoch hat einmal mehr die Angstmacherei von bürgerlicher Seite über die sachlichen Argumente gesiegt.

Der sich immer mehr verschärfende Wettbewerb unter den Kantonen kann nach Meinung der Anhänger des freien Marktes nur mit noch mehr Wettbewerb aufgefangen werden. Hier beisst sich die Katze in den Schwanz. Ironischerweise hatte das die CVP als eine der ersten Parteien erkannt und wollte diesem Treiben mit einer Standesinitiative den Riegel verschieben. Nun konnte sie sich trotzdem nicht dazu durchringen, die SP-Initiative zu unterstützen und ist somit mitverantwortlich für eine Steuerpolitik, die national und international zunehmend unter Druck gerät.

Die SP wird sich weiterhin für eine Steuerpolitik einsetzen, welche soziale Ungerechtigkeit auszugleichen versucht und sie nicht zementiert.

Das überparteiliche Komitee "Abschaffung der Pauschalsteuer" hofft nun auf weitere Abstimmungserfolge in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Luzern. Der Erfolg in St.

Gallen wird auch der der eidgenössischen Initiative der Alternativen Linken (AL) zur landesweiten Abschaffung mächtig Auftrieb geben.

27.11.2011

Rückfragen an:
Ariana Krizko, Politische Sekretärin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär

SP nominiert Heidi Hanselmann und Fredy Fässler für die Regierungsratswahlen

Die Delegierten der SP Kanton St.Gallen haben die amtierende Regierungsrätin Heidi Hanselmann sowie Fredy Fässler für die Regierungsratswahlen nominiert. Die Delegierten beschlossen weiter, eine Energie-Initiative einzureichen und das Referendum gegen den Abbau bei den Ergänzungsleistungen zu unterstützen.

Die Wahl von Regierungsrätin Heidi Hanselmann war reine Formsache. Joe Walser, Präsident der SP Sargans würdigte die Verdienste der Chefin des Gesundheitsdepartements. Hanselmann betonte, dass sie sich auf die dritte Legislatur freue. Die Delegierten bestätigten ihre Nomination mit einem grossen Applaus.

Mehrere geeignete KandidatInnen

Für die Nachfolge von Regierungsrätin Kathrin Hilber hatten die Delegierten der SP hatten die Qual der Wahl. Gleich drei geeignete Persönlichkeiten stellten sich für die kommenden Regierungsratswahlen zu Verfügung. Empfohlen von der Geschäftsleitung waren Fraktionspräsidentin Barbara Gysi (Wil) und Kantonsrat Fredy Fässler (St. Gallen), vom Wahlkreis Rorschach wurde Kantonsrat Felix Gemperle (Goldach) nominiert. „Die SP verfügt über drei sehr gute Kandidierende, die alle das Zeug haben für die Regierung“, so Parteipräsidentin Claudia Friedl.

Spannende Wahl

Die Diskussion war intensiv aber fair. Nach dem ersten Wahlgang zog Gemperle seine Kandidatur zurück, wonach bereits im zweiten Wahlgang die Entscheidung fiel. Die Delegierten der SP St.Gallen schicken Fredy Fässler in den Regierungsratswahlkampf.

Die SP ist sich nach den erfreulichen nationalen Wahlen und mit der Kandidatur von Fredy Fässler sicher, dass sie ihre zwei Regierungsratssitze halten kann.

Fredy Fässler ist selbständiger Rechtsanwalt und Mediator in St.Gallen. Er ist seit 1992 Mitglied des Kantonsrates und hat während 12 Jahren die Fraktion präsiert. Fredy Fässler kämpft seit Jahren beharrlich gegen den Staats- und Sozialabbau im Kanton und wird mit seiner überlegten und integrativen Art und seinem fundierten Fachwissen über die Parteigrenzen hinaus geachtet und geschätzt.

Initiative „Initiative Energiewende – St.Gallen kann es!“ lanciert

Die bürgerlichen Parteien sind bekanntlich nicht bereit, für die Energiewende im Kanton St.Gallen die notwendigen Mittel zu investieren. In der Septembersession wurden sämtliche Energie-Vorstösse der SP entweder abgelehnt oder in abgeschwächter, unverbindlicher Form an die Regierung überwiesen. Das ist enttäuschend und mutlos. Die SP hat darum Mitte September ihre Initiative zur Förderung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz bei der Regierung zur Vorprüfung eingereicht.

SP-Kantonsrat Ruedi Blumer informierte die Delegierten über den Inhalt der Initiative, die bei den Delegierten auf volle Unterstützung stiess. Die anschliessende Diskussion dreht sich vor allem um die Frage, mit welchem jährlichen Beitrag die Spezialfinanzierung geöffnet werden soll. In Anbetracht der fehlenden Einnahmen beim Kanton, einigten sich die Delegierten auf einen jährlichen Beitrag von jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwands der laufenden Rechnung. Die Kompetenz zur Bestellung des Zeitpunktes der Lancierung der Initiative wurde der Geschäftsleitung übergeben.

SP unterstützt EL-Referendum

Bei den Gesetzesänderungen zur Umsetzung des Massnahmenpakets wurde den Heimwohnenden im Kanton das Taschengeld gekürzt. Peter Hüberli, Kantonalpräsident des Vereins Soziale Institutionen für Menschen mit Behinderungen und Thomas Diener, Geschäftsleiter der Pro Senectute St.Gallen informierten über die Folgen dieses Entscheids. Die Delegierten beschlossen einstimmig, das Referendum zum „VI. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz“ zu unterstützen.

St.Gallen, 29. November 2011 Weitere Auskünfte:
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Nach dem Grounding der bürgerlichen Steuerpolitik braucht es Korrekturen im Steuergesetz

Die Steuerfusserhöhung um 10 Prozent im Voranschlag 2012 ist notwendig. Eine nächste Erhöhung ist absehbar, denn ein weiteres massives Sparpaket wird die SP nicht schlucken. Barbara Gysi ist als neue Nationalrätin per Ende der Session aus dem Kantonsrat zurückgetreten und übergibt das Fraktionspräsidium in die Hände von Peter Hartmann.

„Aufgrund verschiedener Steuersenkungen ist der Staatshaushalt aus dem Lot. Wir erleben jetzt das Grounding der bürgerlichen Finanzpolitik. Jetzt muss Gegensteuer gegeben und das Steuergesetz angepasst werden“, ist für den neuen Fraktionspräsidenten Peter Hartmann klar. Die SP hat drei Motionen eingereicht, um die notwendigen Anpassungen bei den Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern zu erreichen. Dass das angekündigte neue Sparpaket über 200 Millionen Franken erst nach den kantonalen Wahlen behandelt werden soll, ist für die SP unverständlich.

Wichtige Stellen wurden nicht bewilligt

Die SP-Fraktion hat sich bei der Beratung des Voranschlages unter anderem für die Schaffung dringend benötigter Stellen stark gemacht. Leider wurden zusätzliche Ressourcen in den Bereichen Kinder- und Erwachsenenschutz, Spitalplanung oder Energiemanagements nicht bewilligt. Auch die neu geschaffene Übergangsabteilung im Saxerriet kann nicht wie geplant betrieben werden. *„Die dringend benötigten Stellen wurden Opfer des Überbordenden Spardrucks, das ist unverständlich“*, so Kantonsrat Fredy Fässler.

Das Förderungsprogramm Energie wird im kommenden Jahr mit zwei Millionen Franken finanziert. Doch das ist der SP nicht genug: Am ausserordentlichen Parteitag von gestern Abend beschlossen die Delegierten die Einreichung einer Initiative zur Förderung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz. Dafür soll ein Beitrag von jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwandes der laufenden Rechnung des Kantons verwendet werden.

Spitalplanung und Spitalliste bleibt Sache der Regierung

Eine erfreuliche Wendung nahm das Gesetz über Spitalplanung- und Finanzierung. Der Kantonsrat ist doch noch zur Vernunft gekommen und hat sowohl die Spitalplanung als auch die Spitalliste wieder in die Kompetenz der Regierung gegeben. Der Versuch von SVP und FDP, bei der Schlussabstimmung das Gesetz über Spitalplanung- und Finanzierung bachab zu schicken, war zum Glück erfolglos.

Unabhängigkeit der KES-Behörden gewahrt

Beim Kindes- und Erwachsenenschutz konnten die schlimmsten Streichungsanträge der vorbereitenden Kommission verhindert werden. Der SP war es ein besonderes Anliegen, dass die Mitglieder der KES-Behörde unabhängig und frei entscheiden können. Richtigerweise ist der Rat der Regierung gefolgt und hat festgehalten, dass die Mitglieder der KES-Behörde nicht gleichzeitig dem Gemeinderat oder der Verwaltung der beteiligten Gemeinden angehören dürfen.

Barbara Gysi tritt aus Kantonsrat zurück

Nach der Wahl von Paul Rechsteiner in den Ständerat, tritt Kantonsrätin Barbara Gysi seine Nachfolge im Nationalrat an. Um genügend Zeit für ihre neue Aufgabe zu haben und auch weil sie als Stadträtin in Wil in nächster Zeit wichtige Geschäfte zu vertreten hat, hat Gysi ihren Rücktritt aus dem Kantonsrat bekanntgegeben. Demzufolge gibt sie auch ihr Amt als Fraktionschefin ab. Gysi hat die Fraktion während drei Jahren mit grosser Umsicht geführt. Die Fraktion dankt ihr herzlich für ihr grosses Engagement für die Fraktion und die Partei und wünscht ihr bei der Arbeit im Nationalrat viel Freude und Erfolg.

Für Barbara Gysi wird Daniel Baumgartner aus Flawil in den Kantonsrat nachrücken. Baumgartner war bereits 2005-2008 Mitglied des Kantonsrates.

Peter Hartmann wird neuer Fraktionspräsident

Die Fraktion hat an einer ausserordentlichen Sitzung am Ende der Session bereits über die Nachfolge befunden. Die SP-Fraktion hat Peter Hartmann einstimmig zum neuen Fraktionspräsidenten gewählt. Hartmann ist seit 12 Jahren Mitglied des Kantonsrates und hat sich u. a. mit seiner Kompetenz in Finanzfragen sehr verdient gemacht. Als Präsident des Komitees

Paul Rechsteiner Ständerat hatte er grossen Anteil an der erfolgreichen Wahl vom vergangenen Sonntag. Mit Hartmann ist die notwendige Kontinuität während den kommenden Kantons- und Regierungsratswahlen garantiert.
St.Gallen, 30. November 2011 Weitere Auskünfte:

- o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
- o Barbara Gysi, Nationalrätin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Sozialdemokraten rings um den Bodensee gratulieren Paul Rechsteiner

Jetzt ist es amtlich. Auch die Nachzählung der Stimmzettel bei der Stichwahl zur Kürung des 2. Ständerats aus dem Kanton St.Gallen lässt keine Zweifel mehr offen. Der Sozialdemokrat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes **Paul Rechsteiner** ist neuer Ständerat für die SP und gibt seinem Kontrahenten, dem Präsidenten der SVP Toni Brunner das Nachsehen. Das Präsidium der Bodensee-Internationale der Sozialdemokratischen Parteibezirke und der nahestehenden Gewerkschaften in der Regio Bodensee gratuliert ihrem Kollegen **Paul Rechsteiner** herzlich zu diesem historischen Erfolg und wünscht ihm viel Beharrungsvermögen und Ausdauer bei den Motionen im "Stöckli" in Bern bei den dar nieder liegenden Dossiers in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Gleichzeitig gratulieren die sozialdemokratischen Präsidiumsmitglieder altNationalrat **Fredi Alder** (Rorschach), SPD-Landtagsabgeordneter **Hans-Peter Storz** (Singen am Hohentwiel) und ex-SPÖ-Landtagsabgeordnete **Olga Pircher** (Bludenz in Vorarlberg) der neuen SP-Nationalrätin **Barbara Gysi** zu ihrem Einzug ins Bundeshaus in Bern, in den Nationalrat. Nach dem Wahlerfolg von Grün-Rot in Baden-Württemberg ist dies ein weiterer Baustein für eine andere Färbung in der illustren Runde der IBK, der Internationalen Bodenseekonferenz der Regierungschefs bzw. deren RepräsentantInnen in den Anrainerländern und -Kantonen.

Willi Bernhard

Wandelt die Bodensee-Internationale in eine neue Ära? Wahlversammlung in Bregenz

Im schmucken Saal der „Kinderfreunde Vorarlberg“ in der Geschäftsstelle der Landes-SPÖ Vorarlberg in Bregenz unweit des Landhauses mit Landesregierung und Landtag an der Römerstr.15 hat sich die Familie der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI) getroffen. Turnusgemäss haben sich rund 25 Genossinnen und Genossen eingefunden, um das Präsidium und den übrigen Vorstand der Bodensee Internationale neu zu wählen. Den längsten Anfahrtsweg haben a) Matthias Freivogel, recht erfolgreicher Stimmensammler für die SP bei der jüngsten Ständeratswahl im Kanton Schaffhausen und b) 2 SPD'ler aus Hindelang (!) im bayrischen Allgäu auf sich genommen. Gut vertreten war dieses Mal auch das badi-sche Westufer (Kreisverband Konstanz) mit gleich 6 Delegierten, darunter das neue Präsidiumsmitglied, der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz.

Per Akklamation sind gewählt wurden:

Präsidium: turnusgemäß neue Präsidentin der SBI, Olga Pircher, SPÖ Vorarlberg, aus Bludenz Vizepräsidenten sind altNationalrat Fredi Alder, Rorschach (SP Schweiz) und Hans-Peter Storz, Singen am Hohentwiel (SPD)

Ehrenpräsident bleibt Karl Falschlunger, SPÖ Vorarlberg

Funktionen haben inne:

Schriftführung/Protokoll: Christian Gospodarek, SPD Überlingen

Kassiere: wieder Jürgen Lang, Salem (SPD), neu: Reinhold Einwallner, SPÖ-Landesgeschäftsführer aus Lochau, und der Kreuzlinger Genosse Dino-Girardo Lioi (SP Thurgau)

Das Medienreferat soll bei einer der nächsten Sitzung organisiert werden (bisher Willi Bernhard, SPD)

Archivbetreuung: Andreas Fuchs, SPD, Langenargen

Webmaster: Lukas Riepler, SPÖ-Landesgeschäftsstelle in Bregenz

Redaktion Roter Seehas: Karl-Heinz König und Willi Bernhard

Jury Prix Wasserfrau: SP-Nationalrätin Hildegard Fässler, Grabs im südlichen Rheintal

Eine ganze Reihe weiterer SBI-Aktiven ist in die geschätzte **Beisitzer/innen-Riege** aufgenommen worden.

Die nächste SBI-Sitzung soll im Jänner/Januar 2012 in Friedrichshafen über die Bühne gehen.

Ein weiterer Höhepunkt der Versammlung war der Bericht und zugleich die Verabschiedung von **Norbert Zeller**, SPD Friedrichshafen. Er engagierte sich über 15 Jahre lang in der SBI und für die Bodenseeregion und erinnerte an die Jubiläumsfeier zum 100jährigen Bestehen der Bodensee-Internationale (gegründet 1902 in Bregenz). Viele Konferenzen und parlamentarische Initiativen zu den Anliegen und Problemen in der Bodenseeregion sind von und mit Norbert Zeller in Gang gesetzt worden. Als Aufgaben weiterhin nannte Zeller die Umsetzung des Bodensee-Leitbildes, die neue Energiepolitik nach dem Atomausstieg, die Reinhaltung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der Ausbau des Taktverkehrs im Bahnverkehrs rings um den See.

Zeller erinnerte an die Modellschulen zum Thema „Länger gemeinsam lernen“ aus Vorarlberg, Südtirol und aus den Kantonen St.Gallen und Thurgau, Leuchttürme, die jetzt bei der Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg die Richtung vorgeben. Zu einer bildungspolitischen Konferenz der SBI kommt Norbert Zeller gerne mal wieder vorbei, sicherte er zu, nicht ohne zu erwähnen, dass er stets die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den SPÖ- und SP-CH und SPD-Politiker/innen bei den Sitzungen und Konferenzen in der SBI geschätzt habe. Er bedankte sich bei **Olga Pircher** und bei **Fredi Alder** für die sehr gute Teamarbeit und hob die Verdienste des Archivars Andreas Fuchs und des Organs „Roter Seehas“ hervor. Und er vergaß nicht, das tolle Projekt des „**Prix Wasserfrau**“ zu würdigen, dem er weitere gute Preisverleihungen wünschte. Hier habe **Hildegard Fässler** vor 10 Jahren eine super Idee brilliant auf den Weg gebracht. Chapeau! Ebenfalls hat sich **Peter Osterwalder** (SP Romanshorn, CH) verabschiedet, der seit 1987 als Kassier für die Schweizer SP-Sektion in der SBI engagiert war.

W. Bernhard

Persönlicher Kommentar zur SBI

Er ist gefragt worden, der Verfasser dieses Kommentars, warum er sich bei der Wahl der Beisitzer/innen in der SBI-Wahlversammlung seiner Stimme enthalten hat. Dies zu erklären ist keine schwierige Aufgabe. Eine Neinstimme hätte zum Ausdruck gebracht, dass man den ehrenwerten Beisitzer- Kandidat/-innen den nötigen Respekt versagen will. Darum ging es ganz bestimmt nicht! Wer in der Bodensee-Internationale mitarbeiten will, ist willkommen und darf sich hier gerne arbeitsmäßig austoben. Die Stimmenthaltung indes drückt vielmehr ein Unbehagen aus. Der Verfasser hat schon öfter an den SBI-Wahlversammlungen teilgenommen. Die Art und Weise, wie die Kandidaten und Kandidatinnen Beisitzer jedes Mal schnell aufgezählt werden, ob anwesend oder nicht, und in einem Tempo, wo der Protokollführer sichtliche Probleme hat, alle Namen vollständig zu notieren, lässt jegliche Transparenz und jeglichen Anspruch auf eine demokratische Etikette vermissen.

Und in nicht wenigen Fällen sind die genannten und gewählten (?) Beisitzer in den folgenden Sitzungen kaum einmal oder gleich gar nicht mehr erschienen! Wobei man schon im einen oder anderen Fall nachvollziehen kann, warum jemand nicht unbedingt einen längeren Anfahrtsweg zu einer SBI-Sitzung auf sich nehmen kann oder will. Und das eine oder andere Mal könnte in der Tat mehr substantielles Potential aus so einer Sitzung herauskommen.

Vielleicht hat Peter Didszun recht, der mal nach einem kritischen Kommentar zu einem Landesparteitag sagte- Zitat: Man sollte die Demokratie nicht immer so idealisieren....“ Was dann? Vergleiche hinken fast immer, ein wenig. Dennoch sollte sich die SBI nicht die Praxis bei der „Wahl“ ins Zentralkomitee der KP der Volksrepublik China zum Vorbild nehmen. Und wir Linken würden den rechtspopulistischen oder gleich rechtsradikalen Parteien ein solches Wahlverfahren auch nicht durchgehen lassen. Wenn eine Schulklasse die Wahl eines neuen Klassensprechers zu einer coolen Castingshow umfunktionieren will, dann greifen die geneigten Klassenlehrkräfte zurecht ein und mahnen zu einer ernsthafteren Wahlbeteiligung. So viel zu der Stimmenthaltung.

In einem späteren Beitrag äußert sich der Verfasser zu dem Widerspruch zwischen der optimistischen Binnen-Einschätzung zur Bilanz der SBI-Arbeit in den letzten Jahren inklusive Stolz auf die über hundertjährige Tradition der Bodensee-Internationale auf der einen Seite und dem oft sehr kritischen und ernüchternden Echo inklusive mangelndes Interesse an der SBI in unseren Partei-Untergliederungen rings um den See. Wie hat mal ein Publizist geschrieben in einer Buchveröffentlichung zur Bodenseeregion: Die SBI sei nicht viel mehr als ein gemütliches Kaffeekränzchen von ein paar Altvorderen bei den Sozialdemokraten... Wer dies ganz anders sieht, darf sich im Roten Seehas gerne dazu äußern. Los gehts!

W. Bernhard

Welches politische Amt hat Georgios Papandreou nach seinem kürzlichen Rücktritt als Premier-Minister noch inne? Die ersten 5 Meldungen per e-mail bekommen eine kleine Aufmerksamkeit zugestellt bei richtiger Antwort, versteht sich.

Wer Lust hat, darf sich gerne zu allen möglichen politischen Themen äußern. Wir werden (fast) alles veröffentlichen.

Die Einschränkung bezieht sich auf Kürzungen oder auch auf presserechtliche Einschränkungen sowie Äußerungen gegen Anstand und Sitte.

d. R.



Gestärkt gegen Gewalt - Aktion der SPÖ-Frauen Vorarlberg

„16 Tage gegen Gewalt“ ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr vom 25. November bis 10. Dezember stattfindet.

Für SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher ist es besonders wichtig, auf das Recht der Frauen auf ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen.

In Vorarlberg findet deshalb unter dem Motto Gestärkt gegen Gewalt“ eine Aktion statt, bei der neben Gewaltschutz- und Beratungseinrichtungen auch die Frauen-Helpline gegen Männergewalt 0800 222 555 beworben wird. Termin und Ort: 25.11. um 10 Uhr beim Ill-

park in Feldkirch.

Jede fünfte Frau betroffen

Jede fünfte Frau ist zumindest einmal im Leben von Gewalt in ihrem direkten Umfeld betroffen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der dokumentierten Gewaltopfer in Österreich verdreifacht, von rund 5.000 im Jahr 2001 auf rund 15.000 im Jahr 2010.

Studien zufolge steigt gerade auch in Zeiten der Wirtschaftskrise die familiäre Gewalt gegen Frauen. Allerdings hat auch das Wissen über die gesetzlichen Möglichkeiten zugenommen, wobei die Zusammenarbeit mit der Exekutive gut funktioniert.

In Vorarlberg wurden im Jahr 2010 insgesamt 243 Wegweisungen ausgesprochen. Die Fallzahlen stiegen auch bei uns von 295 im Jahr 2001 auf 616 im Jahr 2010. Ziel ist es, ein Netzwerk gegen Gewalt zu schaffen, das bedeutet eine flächendeckende Betreuung und die nötigen Mittel dazu. Die SPÖ-Frauen werden sich weiter unermüdlich dafür einsetzen!

SPÖ-Express, 25.11.2011

INFO

Europäische Bürgerinitiative kommt April 2012

Die Regierung hat die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative im Ministerrat beschlossen. Damit wird die Umsetzung in Österreich bis 1. April 2012 konsequent vorangetrieben. „Es geht darum, dass die Bevölkerung in Europa mehr Möglichkeiten direkter Demokratie und Mitwirkung bekommt“, betont Bundeskanzler Werner Faymann.

Mit den Bürgerinitiativen gibt es künftig die Möglichkeit, europaweit Anliegen der Bevölkerung durchzusetzen. Forderungen wie Kampf gegen Atomenergie, Finanzmarktregulierung oder Finanztransaktionssteuer können so von der europäischen Bevölkerung mehr Nachdruck verliehen werden. „Sowohl bei der Finanztransaktionssteuer als auch bei der Initiative zur Trennung von Investment- und Geschäftsbanken ist zusätzlicher Druck aus der Bevölkerung zu begrüßen“, so Faymann.

SPÖ-Express, 02.12.2011

Für ein generelles LKW-Überholverbot in Vorarlberg

Sicherheit der Verkehrsteilnehmer muss im Vordergrund stehen

SPÖ-Verkehrssprecherin Mirjam Jäger-Fischer fordert ein generelles Überholverbot für LKW in Vorarlberg. „Überholmanöver von LKW bilden kilometerlange Rückstaus. Das ist gefährlich. Darum sollen solche Aktionen verboten werden“, fordert Jäger-Fischer. „Durch das zunehmende Verkehrsaufkommen auf der A14 wird diese Frage immer wichtiger. Es geht um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Verkehrslandesrat Rüdiger muss handeln“, so die Sozialdemokratin weiter.

Bisherige Regelung nicht ausreichend
Derzeit gibt es ein solches Überholverbot etwa im benachbarten Tirol. In Vorarlberg dürfen LKW bislang nur überholen, wenn der Vorgang in einer Minute erledigt ist und die Geschwindigkeitsdifferenz mindestens 20 km/h beträgt. In der Praxis wird diese Vorgabe beim Überholen aber nie erreicht. Die SPÖ fordert daher Konsequenzen. Jäger-Fischer: „Wir wollen eine klare gesetzliche Regelung für Vorarlberg. In Sachen Sicherheit genügen keine halben Lösungen.“

Die SPÖ sagt Verkehrslandesrat Rüdiger Unterstützung bei der schnellen Umsetzung des Überholverbotes zu. Dazu die rote Verkehrssprecherin: „Die Sachlage ist klar, es benötigt keine langen Diskussionen. Jetzt zählt schnelles Handeln.“

SPÖ-Express, 09.12.2011

Michael Ritsch in Wien mit Children`s Planet Award ausgezeichnet

"Väter ohne Rechte" überreicht Award

Der Verein „Väter ohne Rechte“ verlieh am vergangenen Samstag in Wien bereits zum zweiten Mal den „Children`s Planet Award“. Ein Preis ging dabei auch nach Vorarlberg. SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch wurde in der Kategorie Politik ebenso wie die ehemalige Justizministerin Claudia Bandion-Ortner und die FPÖ-Nationalratsabgeordnete

Edith Mühlberghuber geehrt. Mit diesem Preis werden Menschen ausgezeichnet, die sich besonders um die Kinderrechte verdient gemacht haben.

Obwohl Michael Ritsch sich seit langem für die Rechte von Kindern und deren getrennt lebenden Vätern einsetzt, kam die Nominierung zum „Children`s Planet Award“ doch sehr überraschend: „Ich bin selbst Vater von zwei Töchtern und weiß, welche Probleme eine Trennung der Eltern mit sich bringen kann. Deshalb setzte ich mich aus voller Überzeugung für die Rechte der Kinder ein“.



Der Verein Väter ohne Rechte steht nach eigener Definition für die Überzeugung, dass der nicht obsorgeberechtigte Elternteil das Recht hat, am Leben seines Kindes teil zu nehmen, auch wenn sich die Eltern getrennt haben. Ziele des Vereins sind daher die in anderen Ländern bereits seit langem eingeführte automatische gemeinsame Obsorge im Trennungsfall sowie die Umsetzung der Kinderrechtskonvention und die Verkürzung der Verfahren im Familienrecht.

SPÖ-Express, 09.12.2011

**SPD Kreis BC
MdB Martin Gerster**

Klares Votum aus der Region zu S 21

Das Ergebnis der Volksabstimmung über den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung von Stuttgart 21 ist eindeutig: Es wird gebaut. Gerade in unserer Region ist das Votum der Menschen klar für das Projekt ausgefallen, da Oberschwaben in besonderem Maße von der besseren Anbindung profitieren wird. Zudem sind mit dem Ausbau und der Elektrifizierung der Südbahn sowie der Schnellbahnstrecke Ulm-Wendlingen weitere regional wichtige

Maßnahmen untrennbar mit Stuttgart 21 verbunden.

Jetzt herrscht Klarheit und das ist gut so, vor allem für die Demokratie in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Den verfahrenen Streit um das Großprojekt über einen Volksentscheid zu entschärfen war eine Idee von Nils Schmid und der SPD, der anfangs mit Skepsis begegnet wurde. Der große Wille zur Beteiligung in weiten Teilen des Landes hat nun eindrücklich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden wollen. Sofern es gelingt, in Zukunft früher auf die Instrumente direkter Demokratie zurückzugreifen, war die gestrige Abstimmung ein guter Testlauf für mehr direkte Demokratie.

28.11.2011

Martin Gerster
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gerster gratuliert Biberacher Polizeidirektion zum Ludwig- Erhard-Preis

BERLIN (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat der Polizeidirektion Biberach zu ihrem zweiten Platz bei der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises gratuliert. Die Auszeichnung, in deren Genuss hauptsächlich Unternehmen aus der freien Wirtschaft kommen, wurde der Polizeidirektion für ihren dauerhaften und ideenreichen Einsatz in Sachen Qualitätsmanagement verliehen.

Gerster, der bereits bei der Preisverleihung am 30. November vor Ort war, lud die Polizistinnen und Polizisten am Freitag (2.12.2011) zu einem Gespräch in den Bundestag ein, um ihnen nochmals persönlich zu ihrem Erfolg zu gratulieren. Im Zuge dieses Treffens gab er den preisgekrönten Gästen einen Einblick in das Arbeitsleben eines Bundeparlamentariers und beantwortete Fragen zur Eurokrise sowie zur aktuellen Diskussion um Rechtsextremismus und innere Sicherheit.

„Ich freue mich für die Beamtinnen und Beamten, dass es unter Leitung von Hubertus Högerle gelungen ist, für die Effizienz und Bürgernähe der Biberacher Polizeiarbeit deutschlandweite Anerkennung zu gewinnen“, so der 40-jährige Parlamentarier. Der Ludwig-Erhard-Preis wird unter Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums vergeben und soll be-

sondere Verdienste um Kundenfreundlichkeit und Arbeitseffizienz würdigen.

02.12.2011

**Alexander Geisler M.A.,
Büro Martin Gerster, MdB**

Mehr Züge zum Fahrplanwechsel

Martin Gerster MdB begrüßt Rückkehr zum Einstudentakt

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** (SPD) begrüßt die Wiedereinführung des Studentaktes im Zugverkehr zwischen Aulendorf, Bad Waldsee, Kiblegg, Wangen und Leutkirch. Die Umstellung soll im Zuge der am 11. Dezember anstehenden Fahrplanänderungen vorgenommen werden.

„Damit ist die von der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung verfügte Ausdünnung des Fahrplans endlich Vergangenheit“, so Gerster: „Die SPD hat sich konsequent für die Wiedereinführung des Studentaktes ausgesprochen, und ich bin froh, dass sich dieser Einsatz jetzt auszahlt“.

Allerdings dürfe man nicht beim Erreichten stehenbleiben. Gerster will den am Freitag anstehenden Besuch von Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) nutzen, um ihn davon zu überzeugen, den Studentakt bis Memmingen auszudehnen. Bislang hatte Hermann dies abgelehnt, weil auf der Strecke zwischen Leutkirch und Memmingen nicht mit ausreichenden Fahrgastzahlen zu rechnen sei.

07.12.2011

**Alexander Geisler M.A.,
Büro Martin Gerster, MdB**

Kultusministerium zur Sanierung der Dollinger-Realschule

MdB Gerster bekommt schriftliche Bestätigung der Finanzzusage

BIBERACH - Die Sanierung der Dollinger-Realschule für die zukünftige Nutzung durch die Hochschule Biberach kommt. Wie die Landesministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer (Grüne), dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** heute mitgeteilt hat, sind in den Entwurf zum neuen Landeshaushalt jetzt 5,8 Millionen Euro für den Umbau der Dollinger-Realschule

eingestellt worden. Der Haushalt 2012 soll in der Woche vor Weihnachten erstmals im Landtag beraten und Anfang Januar beschlossen werden.

„Der notwendigen Erweiterung der Hochschule steht somit nichts mehr entgegen“, freute sich MdB Gerster über die nochmalige schriftliche Bestätigung einer Entscheidung, an der auch Landesfinanzminister Dr. Nils Schmid (SPD) maßgeblich beteiligt gewesen war. Sanierungsbeginn im Noch-Realschulgebäude soll Anfang 2013 sein, wenn Schüler und Lehrer ins neue räumliche Bildungszentrum am Stadion umgezogen sind.

Für die Hochschule Biberach hatten sich für das laufende Wintersemester über 2700 Interessenten beworben, gut ein Drittel mehr als ein Jahr zuvor. Aufgrund des weiter erwarteten Andrangs wird die grün-rote Landesregierung für das Wintersemester 2012/2013 mindestens 159 Studienplätze in Biberach zusätzlich bereitstellen.

Biberach, den 9. Dezember 2011

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

Kreis-SPD Konstanz verleiht Hecker-Hut an Moritz Leuenberger

Die Reise von Meckenbeuren nach Konstanz zu der Feierstunde hat sich wahrlich gelohnt. Mit einem begeisternden Vortrag zu den Vorteilen der direkten Demokratie dankte Moritz Leuenberger für die Ehrung mit dem Hecker-Hut, benannt nach der Kopfbedeckung des badischen 1848-Revolutionärs Friedrich Hecker. Drei Tage vor der baden-württembergischen Volksabstimmung über das Stuttgart-21-Bahnhofsprojekt hatte der SPD-Kreisvorsitzende, Minister Peter Friedrich, den früheren Schweizer Bundesrat und Minister für Energie und Verkehr, Moritz Leuenberger, zu Gast, um ihm den Hecker-Hut vor über 100 Parteifreund / innen zu verleihen.

Peter Friedrich würdigte Leuenberger als einen Politiker, der „den Beweis dafür geführt hat, dass direkte Demokratie sogar Berge versetzen kann.“ Mit insgesamt 4 Volksabstimmungen

vor dem Bau des großen Gotthard-Tunnel-Projekts hatte der Bundesrat Leuenberger den Boden dafür bereitet, dass die Stimmbürger mitziehen können bei dem milliardenschweren neuen Eisenbahntunnel-Bauprojekt am Lötschberg und am Gotthard und der Verwirklichung der eidgenössischen NEAT-Politik, der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Ein Thema, bei dem sich die deutschen Verkehrspolitiker/innen aller Parteien bekanntlich sehr schwer tun. Selbst die 50-Millionen-Franken-Zugabe aus Schweizer Steuergeldern für den dringlichen Ausbau der Rheintalbahn, der Gäubahn Stuttgart-Zürich und der Bahnstrecke München - Zürich hilft da bis jetzt nicht viel.



**Peter Friedrich li. und Moritz Leuenberger
Foto: Büro H-P Storz**

Moritz Leuenberger freute sich sichtlich über die Auszeichnung, weil er den Hut jetzt behalten kann! Im Schweizer Bundesrat (also der Landesregierung in Bern) ist es vorgeschrieben, dass alle Geschenke, Medaillen und andere Aufmerksamkeiten im Bundesratsarchiv aufbewahrt werden müssen, sie sind keine Privat-Gegenstände der Bundesräte. Erst im Ruhestand darf eine Ex-Bundesrätin, ein Ex-Bundesrat, verliehene Pokale, Hüte und Ehren-Abzeichen behalten und privat darüber verfügen. Gerne wäre die Kreis-SPD mit der Veranstaltung ins Konstanzer Bürgerhaus gezogen, dahin, wo einst Friedrich Hecker vom Balkon aus die badische Revolution ausgerufen hatte. Doch der Saal wurde gebraucht für den Aufbau des Wahllokals, wo die Stimmbürger am Sonntag ihr Kreuzchen machen konnten: für oder gegen Stuttgart 21. Leuenberger wollte sich nicht weiter inhaltlich zu dem umstrittenen Projekt äußern, rief aber nachdrücklich zur Teilnahme an der Abstimmung auf.

Mit charmanter Ironie bot Leuenberger dann eine unterhaltsame Lehrstunde zu den Chancen und Risiken der direkten Demokratie, jedenfalls nach den Erfahrungen in der Schweiz. Er räumte dabei ein, dass ein Nachteil sich daraus ergibt, dass finanzkräftige Interessengruppen

wie die Partei von Christoph Blocher in der Schweiz solche Abstimmungsergebnisse wie das ominöse Minarett-Verbot in der Schweiz oder die Verhinderung des EWR-Beitritts (1992) durchsetzen konnten. Dennoch: Das Wort Referendum kommt nicht von „dumm“, erklärte Leuenberger, um der These zu widersprechen,

Volksabstimmungen hielten grundsätzlich den Fortschritt auf. Siehe Verkehrspolitik in der Schweiz. Die Beteiligung des Volkes an der Abstimmung über Einzelfragen ist für Leuenberger die beste und anspruchsvollste Staatsform, wenn das Abstimmungsverfahren so transparent und mit so viel Information wie möglich durchgeführt wird. Es gelte, populistischen Strömungen mit der Kraft der Argumente und der beharrlichen Auseinandersetzung zu begegnen, um reaktionäre Tendenzen aufzuhalten. Das sei auch Aufgabe der Medien, nicht nur der Parteien und der gesellschaftlichen Gruppierungen. Und manchmal dauert die Vernunft halt etwas länger, bis sie sich durchsetzen kann, sagte der Schweizer Sozialdemokrat augenzwinkernd, um auf die späte Einführung des Frauenwahlrechts in der Eidgenossenschaft (im Jahr 1971) hinzuweisen.

Und jetzt – im November 2011- ist eine sozialdemokratische Frau Bundesrätin und Bundespräsidentin, und im siebenköpfigen Bundesrat (der Schweizer Regierung) sind vier Mitglieder Frauen, haben also die Geschlechter-Mehrheit inne, im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung in Berlin. Nach der Neuwahl des Bundesrats durch die Schweizer Bundesversammlung am 14. Dezember ist das Geschlechter-Verhältnis allerdings wieder anders herum. Immerhin: Eine Frau ist Bundespräsidentin, die Bündnerin und Finanzministerin Evelyn Widmer-Schlumpf, und eine andere Frau ist Bundeskanzlerin in der Schweizer Regierung, Corina Casanova (CVP), ebenfalls aus dem Kanton Graubünden. Sie ist quasi Amtsleiterin der Regierungsbehörde des Bundesrats, koordiniert die Arbeit der sieben Bundesrät/innen und besonders der jeweiligen Bundespräsidentin, die abwechselnd für 1 Jahr aus der Riege der 7 Bundesräte gewählt wird. Leuenberger erinnerte schließlich daran, dass auch auf der kantonalen Ebene und in den Kommunen die Bürger/innen dadurch politisiert werden, dass sie häufig zu Urnengängen über Sachfragen gerufen werden. Die Quote der Wahlbeteiligung in der Schweiz sei im Durchschnitt nicht niedri-

ger als die Wahlbeteiligung bei den Bundestags-, Landtags- und den Kommunalwahlen in Deutschland. „Die Idee der direkten Demokratie ist nicht ein alter Hut, die Idee der direkten Demokratie ist der Hecker-Hut“, reimte Leuenberger vor den aufmerksamen Zuhörer/innen im Konstanzer Kulturforum am Münsterplatz.

W. Bernhard

Storz stellt sich Kritik an Verschiebung der Besoldungserhöhung

Beamte bekommen nächstes Jahr mehr Geld. Aber nicht sofort. 322 Polizisten unterschrieben daher einen Protestaufruf, den Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft **Hans-Peter Storz** übergaben. "Wir tun weh", gab Storz offen zu, warb aber um Verständnis. "Wir machen keine neuen Schulden und investieren, auch in die Polizei".

40 Prozent des Haushalts braucht das Land Baden-Württemberg, um seine Beamten und Angestellten zu bezahlen. Etwa 15 Milliarden Euro werden 2012 dafür benötigt. Wer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wolle und müsse, könne die Personalkosten nicht unberücksichtigt lassen, so Storz. Die geplanten Kürzungen seien maßvoll und sozial gestaffelt. Ihr Umfang mache etwa 0,8 Prozent der gesamten Personalkosten aus. Bei Beamten der Besoldungsgruppen bis A 10 werde die Erhöhung auf den 1. März, bei höher eingruppierten Beamten auf den 1. August verschoben.



Die Polizeigewerkschafter Manuel Seidel (links) und Andreas Herzog (rechts) übergeben Hans-Peter Storz eine Unterschriftenliste

Foto: Kropp

Der Abgeordnete verwies auf Investitionen in den Polizeidienst. So gebe es eine Technikoffensive, um den Beamten die Arbeit zu erleichtern. Außerdem werden 100 neue Polizeianwärter eingestellt. Auch in der Bildungspolitik unternehme das Land große Anstrengungen. So werde die Kleinkindbetreuung mit Landeshilfe stark ausgebaut. An den Schulen verzichte die Landesregierung darauf, 3300 Lehrer-

stellen abzubauen, die wegen des Rückgangs der Schülerzahlen entbehrlich wären und verbessere so zusätzlich die Unterrichtsqualität.

Die Vertreter der Polizeigewerkschaft, Kreisvorsitzender Andreas Herzog und Geschäftsführer Manuel Seidel verwiesen auf die besonderen Belastungen ihres Diensts. Polizisten seien zudem in niedrigeren Besoldungsgruppen eingestuft. Ihre Unterschriftenaktion hatte den vorweihnachtlichen Titel: "Knusper, Knusper, Knäuschen. Hände weg von meinem Häuschen."

Neben der Verschiebung der Besoldungserhöhung wird die Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe, der "Krankenversicherung" der Beamten erstmals seit 2004 erhöht. Außerdem müssen Beamte bei Wahlleistungen wie Chefarztbehandlung künftig einen größeren Eigenanteil leisten. Über Jahre hinweg seien Beamte gegenüber gesetzlich Versicherten besser gestellt gewesen, mussten sich die Verbandsvertreter vorhalten lassen.

Storz hatte zur Unterschriftenübergabe auch die Öffentlichkeit eingeladen. Er machte dadurch deutlich, dass ihm an einem offenen Dialog gelegen ist, auch wenn die Gesprächspartner deutliche Kritik üben.

20.12.2011

Büro H.-P. Storz, MdL

SPD Kreis Ravensburg

Weingartener Jugendgemeinderäte schauen hinter Kanzleramtskulissen

BERLIN - 50 Bürger haben jetzt mit dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster wieder ungewöhnliche Einblicke in den politischen Betrieb der Bundeshauptstadt Berlin gewinnen können. Mit dabei waren unter anderem aus dem Kreis Ravensburg einige Weingartener Jugendgemeinderäte. Vier Tage dauerte die vom Bundespresseamt organisierte Fahrt und bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Gersters Wahlkreis und seinen drei Betreuungswahlkreisen zahlreiche Möglichkeiten der politischen Information und Diskussion.

Engagiert wahrgenommen wurde das unter anderem beim Besuch des Kanzleramts, des Bundesgesundheitsministeriums, den Begegnungen in der Landesvertretung Baden-Württemberg und in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen von 1945, dem Schloss Cecilienhof. Besonders beeindruckt waren die Teilnehmer vom ehemaligen Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatsicherheit. Als Museum betreibt es jetzt eine Initiative von Bürgern, die teilweise selbst Opfer waren, die Folgen der Stasigewalt aufarbeiten oder sich in der Opfertherapie engagieren.

Beim Treffen mit Martin Gerster erläuterte dieser den Gästen aus der Heimat seine Arbeit in Parlament, Finanz- und Sportausschuss, etwa als sportpolitischer Fraktionssprecher und Berichterstatter für Geldpolitik, Wirtschaftskriminalität und Jahreswirtschaftsbericht, und führte die Teilnehmer noch durchs Reichstagsgebäude. Eine dreistündige, an politischen Punkten orientierte Stadtrundfahrt rundete das Programm ab.

Interessierte können sich in Martin Gersters Bürgerbüro unter Telefon 07351/3003000 oder Email: martin.gerster@wk.bundestag.de bewerben.

Biberach, den 28. November 2011

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Das Kultusministerium auf Informationstour in Sachen Schulpolitik

Noch in den heißen Tagen vor Weihnachten hat die Amtsspitze im Stuttgarter Bildungsministerium eine Vielzahl an Terminen draußen im Lande wahrgenommen, um die neue grüne Bildungs- und Schulpolitik zu erklären. Norbert Zeller ist ohnehin ständig im Gespräch mit Bürgermeistern und Gemeindeparlamentariern landauf- landab, um die Kriterien für die Genehmigung einer Gemeinschaftsschule vor Ort transparent zu machen. Aber auch Margret Rupp, die Amtschefin des Ministeriums, sowie die Ministerin selbst, Gabriele Warminksi-Leitheußer (SPD), und ihr Staatssekretär Frank Mentrup, sie fuhr quer durch Baden-Württemberg, um bei Parteiveranstaltungen, bei der Lehrgewerkschaft GEW und bei Personalversammlungen der schulischen Lehrkräfte für die Gemeinschaftsschule zu werben und zu beteuern, dass die „alten“ Schularten deshalb nicht hängen gelassen

werden sollen, weder bei den personellen Ressourcen noch bei den Sachmitteln.

In der Oberschwabenhalle in Ravensburg ist die Ministerin persönlich aufgetreten, zusammen mit Norbert Zeller und dem Zwielfaltener SPD-Landtagsabgeordneten (und Schulrektor) Klaus Käppeler, der als Moderator fungierte. Etwa 300 Besucher waren zugegen, Schulleiter, Bürgermeister von Gemeinden, Lehrerinnen und Lehrer sowie Elternsprecher/innen. Ravensburg und das oberschwäbische Umland waren immerhin mal Ausgangspunkt einer „Rebellion“ von Hauptschulrektoren gegen die Politik der früheren CDU/FDP-Landesregierung mit der Aufrechterhaltung des selektiven Schulsystems, was damals ein bundesweites Echo hervorgerufen hatte.

Über 200 Meldungen für eine künftige Gemeinschaftsschule gibt es landesweit, weiß die Ministerin, etwa 30 davon bekommen vom Ministerium das Startsignal mit der 5.Klasse zum neuen Schuljahr im September 2012. Ein Schuljahr darauf sollen noch mehr Gemeinschaftsschulen im Land(weit über 50) an den Start gehen können, ist die Ministerin zuversichtlich. Sie würdigte in ihrer Ansprache den 144-Millionen-Euro-Pakt für junge Familien, mit dem der Ausbau der Kinderbetreuung (für unter Dreijährige) und der Ganztageschulen vorangebracht werden sollen. Etliche Fragesteller in Ravensburg kamen auf die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung zu sprechen und äußerten ihre Befürchtung, dass die Realschulen und Gymnasien nach den nächsten Sommerferien eine akute Raumnot und einen Lehrermangel beklagen müssen. „Es ist doch klar“, beschwichtigte GWL immer wieder, „dass wir da was machen müssen.“ Über 3 000 Lehrerstellen bzw. Stundendeputate werden wegen Pensionierungen und aus anderen Gründen im Sommer 2012 frei, sie sollen an die bedürftigen Schularten verteilt werden, anstatt dass sie wegen rückgängiger Schularten aus dem Landes-Haushaltsplan gestrichen werden.

Ein weiterer Bereich von Fragen aus dem Publikum war dem Projekt der Inklusion gewidmet, also dem Recht von Eltern, ihr schulpflichtiges Kind mit einem gesundheitlichen oder anderweitigen Handicap (einer Behinderung) zum Schulbesuch an einer Regelschule anzumelden. Norbert Zeller bekräftigte seine Auffassung, dass dies auf jeden Fall zu den Zulassungskriterien einer Gemeinschafts-

schule zählt. Bis zu einem halben Dutzend neuer Gemeinschaftsschulen sollen bald im Landkreis Ravensburg entstehen: in Amtzell, in Bergatreute, in Ravensburg und in einer westlichen Kreisgemeinde.

Auch die Struktur der künftigen Lehrerbildung (Stufenlehramt) war Thema einer Frage einer Besucherin bei der Veranstaltung, die weitgehend frei von Emotionen war, die aber doch eine gehörige Portion Skepsis zurückgelassen hatte. Wo soll das nötige Kleingeld herkommen, fragte sich mancher Teilnehmer hinterher, wenn auf der einen Seite die neue Gemeinschaftsschule zu einem hochqualifizierten Leuchtturm in der bildungspolitischen Landschaft aufgebaut werden soll, wenn auf der anderen Seite die anderen Schularten mitsamt der Schulsozialarbeit und der gebundenen Ganztageschule flächendeckend nicht am ausgestreckten Arm verhungern sollen. Immerhin darf das Land ab 2020 (Schuldenbremse in der Verfassung verankert) keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

W. Bernhard

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis MdB besucht Beltz Medical

Die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** besuchte am Mittwoch den 16.11.2011 das Institut für Arbeitsmedizin Beltz Medical in Ulm. Das Unternehmen ist spezialisiert auf präventiv Diagnostik und Arbeitsmedizin. Bei dem Besuch konnte sich Hilde Mattheis über das Angebot informieren und sich mit dem Unternehmensgründer Dr. med. Edmund Beltz austauschen. Zentrales Thema war die Stärkung der Arbeitsmedizin und die Möglichkeiten der Politik hierauf Einfluss zu nehmen.

Dr. Beltz betonte, dass immer mehr Unternehmen inzwischen realisiert haben, dass es teurer wird, wenn sie nicht vorsorgen. **Frau Mattheis** führte die Pläne der SPD an, ein Präventionsgesetz einzuführen und betonte die Wichtigkeit: „Das Präventionsgesetz ist von besonderer Bedeutung, da Vorbeugung die effektivste Methode ist, die Gesundheit der Bevölkerung zu unterstützen“ so die Bundestagsabgeord-

nete. Diese Meinung teilt auch Dr. Beltz und sagt, dass ein Gesetz dringend notwendig ist: „Zum Wohle unseres Landes sollte per Gesetz der Arbeitsschutz stärker geregelt sein, dies ist kein Luxus, dies ist notwendig“. Das Vorhaben der SPD, einen Fonds für Arbeitsschutz im Präventionsgesetz zu verankern, sieht Dr. Beltz als einen wichtigen Schritt an.

Auch das Thema Burn-out wurde angesprochen. In der Firma Beltz Medical ist in den letzten Jahren eine Zunahme der Fälle zu verzeichnen. Immer jüngere Patienten kommen mit dieser Symptomatik in Behandlung. Zur Früherkennung ist eine stärkere Vernetzung der beteiligten Berufsgruppen, insbesondere der Psychologie und der Medizin, von großer Wichtigkeit.

Das Unternehmen Beltz Medical wurde im Jahr 2008 gegründet und hat seinen Sitz in Ulm. Über Vertragsärzte ist das Unternehmen im ganzen Bundesgebiet in der präventiv Diagnostik und der Arbeitsmedizin aktiv.

Ulm, den 21. 11.2011

Büro Hilde Mattheis

Hilde Mattheis:

Vermögende stärker besteuern

Die SPD will die Handlungsfähigkeit des Staates in Zukunft sicherstellen. Das ist Ziel des neuen Steuerkonzepts, das der SPD-Parteivorstand entwickelt hat und das bei einer Veranstaltung mit der Ulmer Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis im Kornhauskeller diskutiert wurde. „Wir wollen die Steuergerechtigkeit in Deutschland wieder herzustellen. Starke Schultern müssen auch mehr tragen“, sagte die Abgeordnete, die auch Mitglied im SPD-Parteivorstand ist.

Gemeinsam mit Günter Busch, dem stellvertretenden Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, stellte **Mattheis** die sozialdemokratischen Pläne vor. Im Mittelpunkt steht die Erhöhung des Steueraufkommens. Niedrige und mittlere Einkommen sollen verschont bleiben. Der Gewerkschafter Günter Busch unterstützte die Position der Bundestagsabgeordneten und betonte, dass der wachsende Niedriglohnsektor sowie die Konjunkturpakete zur Bewältigung der Finanzkrise den Staat in eine prekäre finanzielle Situation brachten. Um die zukünftige Handlungsfähig-

keit des Staates zu ermöglichen, müsse ein höheres Steueraufkommen erzielt werden. Des Weiteren seien Investitionen in den Bereichen Infrastruktur und Bildung dringend nötig.

Die Steuereinnahmen sollen aus verschiedenen Quellen generiert werden. Hierbei ist es wichtig, dass die überproportionale Belastung der niedrigen und mittleren Einkommensgruppen aufgehoben wird. Maßnahmen hierzu sind die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie die Reform der Vermögensbesteuerung und der Abgeltungssteuer. Darüber hinaus muss der Finanzkapitalismus reguliert werden, um die Verantwortlichen an den immensen Kosten der Bankenrettung zu beteiligen. Hierzu wird im SPD-Konzept die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der gesamten Eurozone gefordert.

Beschlossen werden soll das Konzept Anfang Dezember beim SPD-Bundesparteitag in Berlin.

Ulm, den 23. 11.2011

Büro Hilde Mattheis

Hilde Mattheis trägt Initiative aller Bundestagesfraktionen zur Organspende mit

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete und stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis erklärt, dass sie die Absicht einen gemeinsamen Gruppenantrag aller Bundestagsfraktionen zum Thema Organspende zu erstellen, unterstützt und verweist auf die gemeinsame Erklärung:

"In dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen unter Beteiligung der Fachpolitiker der Fraktionen wurde vereinbart, zur Organspende einen Gruppenantrag aus der Mitte des Parlaments zu erarbeiten, der von allen Fraktionsvorsitzenden mitgetragen und unterzeichnet wird. Es ist das gemeinsame Ziel, die Zahl der Organspender in Deutschland zu erhöhen. Dazu sollen die Informationen über das und die Konfrontation mit dem Thema regelmäßiger und strukturierter als bisher erfolgen. Dabei soll die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Organspende regelmäßig, etwa mit dem Versand der Versichertenkarte, und mit einer höheren Verbindlichkeit abgefragt werden, mit so viel Nachdruck wie möglich, ohne

jedoch eine Antwort zu erzwingen oder Sanktionen auszuüben.

Ein konkreter Gruppenantrag als eigenständiger Gesetzentwurf wird nun bis Jahresende durch uns erarbeitet."

25.11.2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis neue Vorsitzende des Forums DL21 e.V.

In seiner gestrigen Mitgliederversammlung wählte das Forum Demokratische Linke 21 (Forum DL21) Hilde Mattheis zu seiner neuen Vorsitzenden. Hilde Mattheis wird sich für einen starken linken Flügel in der SPD einsetzen. "Die DL21 ist Motor linker Erneuerung der SPD, das Etikett, dadurch zu spalten, lassen wir uns nicht aufdrücken", so Hilde Mattheis in ihrer Vorstellungsrede in der Mitgliederversammlung.

Für Hilde Mattheis besitzen die Flügel für die linke Volkspartei SPD ein produktives Potenzial, weil sie in Sachdebatten die Wertvorstellungen unterschiedlicher sozialer Milieus einbringen. Aufgabe der DL21 sei es, politische Entscheidungen in einem offenen Diskurs vorzubereiten.



Photo DL 21

Beim anstehenden Bundesparteitag geht es dem Forum DL21 nun darum, das Profil der SPD zu schärfen. Die Linke in der SPD wird sich für die Abschaffung der Abgeltungssteuer, eine gerechte Rentenpolitik und ein klares Bekenntnis zu einem sozialen Europa einsetzen.

28.11.2011

www.forum-dl21.de/

Persönliche Erfahrungen ehrenamtlicher Pressereferenten/Medienreferenten in der SPD

Wenn man mehr als 35 Jahre lang ehrenamtliche Medienarbeit macht, hat man ganz unterschiedliche Erfahrungen, nicht nur angenehme, auf dem Buckel. Der Verfasser dieser Zeilen hat vom AStA einer Hochschule aus angefangen, in der Lokalzeitung über hochschulpolitische Vorgänge wie Wahlen zum Studentenparlament (Sieger: die Juso-Hochschulgruppe) oder über soziale Probleme wie die Wohnungsnot vieler Studierenden zu schreiben.

Seit dem 1. Bundestagswahlkampf von Rudolf Bindig 1976 schreibt man auch für die Partei. Später kamen noch Jahre der Pressearbeit in der Bildungsgewerkschaft GEW und im Sportkreis dazu (bis 2005).

Eine reguläre Förderung und Fortbildung für ehrenamtliche und unbezahlbare Pressebeauftragte gibt es nicht in der SPD und nicht in der GEW. Beim Württembergischen Landessportbund (WLSB) in Stuttgart gibt es ein Programm für Wochenend-Tagungen zur Pressearbeit, das sich sehen lassen kann. In den letzten Jahren haben sich die Anstrengungen diesbezüglich in der GEW, hauptsächlich durch die Bemühungen des neuen Landesgeschäftsführers, erkennbar verdichtet. Immerhin. Und in der SPD? Außer einer neu aufgelegten Broschüre zur Öffentlichkeitsarbeit aus dem Willy-Brandt-Haus in Berlin gibt es nichts. Medienreferenten/-innen erscheinen ganz selten in der Tagesordnung bei einer Wahlversammlung zum Ortsvereinsvorstand.

Kommt nichts vom Parteigeschehen in der Lokalzeitung, ist der „Schreibtisch-Täter“ schuld, kommt das Falsche, ebenso. Die herrschende Zeitungsredaktion kommt da viel besser weg. Hat der Medienreferent (die Medienreferentin)mal Grippe, sitzen alle anderen Genossen da, als ob sie nicht schreiben gelernt hätten. Und was geht sie der Job an, für die Nachwelt oder einfach nur für die abwesenden Parteifreund/innen eine Zusammenfassung zu schreiben? Nichts, gar nichts! Sehr oft kommt es vor, dass die Gäste von der Lokalzeitung, wenn sie da sind bei der Parteiversammlung, gönnerhaft begrüßt werden. Man liest ihnen jeden Wunsch von den Augen ab. Sie erhalten alles verfügbare Zahlenmaterial zugesteckt.

Das ist oft ein Problem bei der Schreibearbeit: Da übergeben sich manche Referenten und Redner schier mit ihren Zahlen, Fakten und Namen zu ihrem Thema. Wer nur zuhören

muss, hat kein Problem damit. In das eine Ohr rein, aus dem anderen Ohr wieder hinaus. Aber wer schreiben muss, für vielleicht ein paar tausend Zeitungsleser/innen, der hat viel Mühe, der Zahlen- und Faktenflut zu folgen. Und der eingeladene Referent hat natürlich keine Zeit gehabt, seiner Sekretärin aufzutragen, einen ähnlichen Zeitungsartikel zum gleichen Thema aufzutreiben oder eine Grafik zu fertigen mit den wichtigsten Zahlen zur Fernstraßenbauplanung am nördlichen Bodensee-Ufer (B 30/B 31/B 33/ B 311) oder zur neuen Pflegereform von Schwarz-Gelb und den Alternativen von Rot-Grün.

Ist kein Mensch von der Zeitungsredaktion gekommen, wird der parteieigene Pressehansel natürlich nicht begrüßt. Und extra Material zur Unterstützung seiner Arbeit am Wochenende (in den Nachtstunden?) bekommt er/sie auch nicht ausgehändigt. Ja, Nachtstunden. Als Medienreferent hat man nicht tage- und wochenlang Zeit, um die Pressemitteilung und den Versammlungsbericht fertigzustellen.

Dann hustet man dir auf der Zeitungsredaktion etwas, wenn es so lange dauert, bis die Partei einen Bericht endlich liefern kann. Hinzu kommt, dass man bisweilen neben sehr gemütlichen und erzählfreudigen Parteifreunden sitzt, die einen davon abhalten, sich auf das Mitschreiben zu konzentrieren. Ha ha, der Witz war gut...Hat man den Bericht dann fertig geschrieben und hinterher noch einen Faktencheck im Internet gemacht ..Faktencheck?? Ja, da ist der Medienreferent schon öfters hellhörig geworden, wenn man den Ausführungen eines Referenten vertraut und man nachher im Internet zu einem Thema ganz andere Fakten findet. Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Also man ist endlich fertig und schickt den Pressebericht an die Zeitungsredaktion(en), per Brief vor 30 Jahren, per Fax bis vor 15 Jahren, und per Computer-mail bis heute.

Früher hat der Verfasser dieser Zeilen jedes Jahr mindestens einmal in seiner Freizeit alle in Frage kommenden Lokalzeitungsredaktionen besucht, um sich auszutauschen oder anzuhören, was die Profi-Journalisten denn von dem halten, was ihnen von der Partei geliefert wird. So lernt man sich dann kennen und vertrauen. Übrigens: Von einer Sitzung der Bodensee-Internationale (SBI) reicht es nicht aus, einfach einen einzigen Bericht für alle Redaktionen rings um den Bodensee zu

fertigen. Man muss mindestens drei bis vier verschiedene Texte verfassen oder mindestens bestimmte Abschnitte austauschen. Warum denn? Ein Redaktor in einer Schweizer Lokalzeitung erwartet in einem Bericht, der ins Blatt genommen werden soll, hauptsächlich Namen und Äußerungen von eigenen, möglichst prominenten eidgenössischen Politikern/-innen und möglichst keine Namen vom benachbarten Ausland, mit dem die tagtäglichen Leser/innen der besagten Lokalzeitung nichts anfangen können. Die Redaktion in den „Vorarlberger Nachrichten“ kann mit einem Landes-Ministerpräsidenten nicht viel anfangen, im „Ländle“ ist das halt der Landeshauptmann. Und es gibt auch nicht den Januar, sondern den Jänner oben rechts im Datum! Und am 26. Oktober arbeitet man in Österreich nicht, da ist Nationalfeiertag. In der Schweiz ist ein Regierungsrat ein „hohes Tier“, in Deutschland ganz und gar nicht. Ein Regierungsrat in einem Kanton ist gleichsam ein Landes-Minister. Und in der Schweiz gibt es keine Anträge in einem Parlament, die ein Abgeordneter einbringt, sondern eine „Motion“. Und auch kein Anhörungsverfahren, sondern eine „Vernehmlassung“. Ein „BH-Skandal“ ist in Vorarlberg etwa eine mittelprächtige Filz- oder Betrugsaffäre in einer Bezirkshauptmannschaft, vergleichbar einem deutschen Landratsamt, also einer Kreis- oder Bezirksbehörde. Und noch etwas: Geht ein Presstext an Schweizer Medienredaktionen, muss man alle „ß“ aus den Wörtern heraus nehmen und ein „ss“ reinschreiben.

In Österreich und in der Schweiz gibt es keine Bundestagsabgeordneten, sondern Nationalräte/-innen. Und auf der deutschen Uferseite gibt es ebenfalls gewisse Erwartungen und Unterschiede: In Bayern gibt es bei Wahlen Stimmkreise, weiter westlich genügen Wahlkreise. Die Lindauer Zeitungsredakteure/-innen haben etwas andere Erwartungen an einen Presstext von Parteiseite (was die Namen von Politiker/innen angeht) als etwa die Redaktion beim Südkurier in Konstanz. Schließen möchte man mit einem Bonmot, aufgeschnappt bei einem Presseseminar, das für die Medienarbeit generell gilt: Der Wurm (also der Pressebericht) muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler... Der Angler ist in diesem Fall der Parteifunktionär und Obergenosse, der Fisch wäre dann die gemeine Leserschaft, die Basis, innerhalb und außerhalb der Partei. Der ehrenamtliche Pressereferent (die Medienreferentin) könnte nicht ergänzen: Mein Text muss auch

der Redaktion schmecken, damit sie ihn überhaupt ins Blatt nimmt. Nicht selten schreiben die Medienbeauftragten ihre Artikel nicht nur kostenlos (sie kriegen kein Geld dafür, manchmal haben sie auch noch eigene Kosten zu tragen), nein, die Arbeit war ganz umsonst, weil die Zeitungsredaktion nicht schon wieder einen SPD'ler-Artikel veröffentlichen will und die anderen Parteien da nicht mehr nachkommen...

Willi Bernhard

Fortsetzung von Seite 15

OV Überlingen:

Dienstag, 09.01.2012

parteiöffentliche **Vorstand- und Fraktionssitzung**

Zeit: 19:00

Mitgliederversammlung

Thema: Jahreshauptversammlung und Wiederbelebung des kommunalpolitischen Arbeitskreises

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone, Münsterstraße

Biberacher Kreis- Jusos protestieren gegen "Preisanpassung" im Biberacher "Traumpalast"

Schüler, Studenten und Auszubildende sind eine große Konsumentengruppe des Kinobetriebs. Doch künftig werden viele von ihnen sich wohl genauer überlegen, ob sie ins Kino gehen. Grund dafür sind die am 1. Dezember 2011 eingetretenen Kürzungen von Vergünstigungen des Biberacher Kino „Traumpalast“ für genau diese Gruppe von Kinobesuchern. Im direkten Gespräch mit den Jugendlichen wird klar, dass sich der „Traumpalast“ sich mit dieser Entscheidung keinen großen Gefallen gemacht hat. Illegale Internetseiten, die das kostenlose Anschauen von Raubkopien anbieten, gewinnen so an Attraktivität.

Genau das wollen die Jusos nicht! Die Jusos wollen ein funktionierendes Kino, das auch wirtschaftlich rentabel ist und vor allem ein Kino, das an die Herausforderungen der heutigen Internetkriminalität angepasst ist.

Deshalb starteten die Biberacher Kreis- Jusos am 14. Dezember eine Unterschriftenaktion für

die Wiedereinführung der ursprünglichen Vergünstigungen.

Die Kinoleitung und die Jusos Biberach stehen in Kontakt. In der nahen Zukunft ist eine gemeinsame Podiumsdiskussion angedacht.

21.12.2011 Lisa Stahn

Andere SPD – Onlinezeitungen in der Region

Lest auch mal dort:

's Rote Füchse

www.spd-ehingen.de

Voller Wortlaut der Rede von Altkanzler Helmut Schmid am 04.12. auf dem Bundesparteitag in Berlin
Kommentar von Ludwig Dorner dazu

Roter Turm

www.spd-ravensburg.de

Christel Ulmer:

„Querdenker in der Bildungspolitik erwünscht“
„Dialog gewollt“

Bibervision

www.spd-biberach.de

links

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen

www.sp-sg.ch

zum „Reinschnuppern“ in Politik in der Schweiz

Der rote Stichling

www.spd-lindau.de

Auch Lindau hat eine Bahnhofsfrage!

Der Rote Seehas ist zur Zeit

Nur über:

<http://www.spd-bodenseekreis.de>

abrufbar



Informationsveranstaltung der **SPD-Bundestagsfraktion** und der **SPD Bodenseekreis**

„Rechtsextremismus in der heutigen Gesellschaft“

mit Martin Gerster (MdB)



Freitag, 03.02.2012

19:30 Ort wird noch bekanntgegeben

Am Mittwoch, den 11.01.2011 ist der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster, der für die SPD auch den Bodenseekreis betreut, zu Gast beim SPD-Kreisverband Bodensee in Markdorf

Martin Gerster wird über die Problematik des Rechtsextremismus referieren, und damit über einen Gebiet sprechen, in dem er über langjährige Erfahrung verfügt und über das er bereits unter anderem ein Buch veröffentlicht hat.

Insbesondere nach dem durch die unfassbaren und menschenverachtenden Taten der Zwickauer Terror-Zelle das Thema Rechtsterrorismus wieder auf die Tagesordnung der deutschen Medienlandschaft gekommen ist, wird erneut sichtbar, wie tiefgreifend das Thema Rechtsextremismus nach wie vor unsere Gesellschaft betrifft und beeinflusst. Dies ohne Scheuklappen zu thematisieren und sowohl schonungslos die aktuelle Situation zu erfassen und gleichzeitig Lösungsansätze, wie ein NPD-Verbot zu erörtern ist Ziel dieses Abends.

Die SPD Bodenseekreis lädt hierzu ab 19:30 Uhr alle interessierten Bürgerinnen und Bürger recht herzlich nach Markdorf in den Gasthof Krone ein.

Adnan Sabah, Kreisvorsitzender



SPD-Langenargen

Einladung
zum traditionellen
Dreikönigstreffen
mit
Ivo Gönner



Oberbürgermeister der Stadt Ulm und „ehemaliger Präsident“
des Deutschen Städtetages

Datum Freitag, den 06. Januar 2012
Uhrzeit 10.30 Uhr
Ort Münzhof Langenargen

Er spricht zum Thema:

Kommunale Politik mit den Bürgern gemeinsam gestalten

Ein sehr aktuelles Thema vor dem Hintergrund der anstehenden Bürgermeisterwahl in Langenargen im Jahr 2012 !

Mit freundlichen Grüßen
Holger Maas, Vorsitzender

SPD-Ortsverein Langenargen - Bahnhofstrasse. 30 - 88085 Langenargen - 07543-91014

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lindenberg

Lindenberg, den 13.12.2011

Einladung

Liebe Genossin, liebe Genosse,

ich darf dich herzlich zu unserer Jahreshauptversammlung am

Mittwoch, 4. Januar 2012

um **19.00 Uhr**

im „Bräuhaus“, Hirschstr.

einladen

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Berichte, a) Vorsitzenden
b) Kassenbericht
c) Revisoren

Entlastung der Vorstandschaft
Aussprache
Wahl des Ortsvorstands

Ab 20.00 ist unsere Jahreshauptversammlung öffentlich.

Unser Ortsvereinsmitglied **Martin Holderied**

berichtet von seinem Einsatz in Äthiopien für die Welthungerhilfe

Mit herzlichen Grüßen
Leo Wiedemann



Vorsitzender: Leo Wiedemann
Anton-Fehr-Str 2
88161 Lindenberg

Tel. 08381/5154 eMail: Leo.Wiedemann@t-online.de
Home: www.spd-lindenberg.de

Konto: Volksbank Lindenberg
152200 BLZ 73369826



Sonthofen, im Dezember 2011

Neujahrsempfang 2012 der SPD

Der SPD Unterbezirk Allgäu-Bodensee und der Kreisverband Oberallgäu laden herzlich zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang ein.



Unser Gast in diesem Jahr ist

Hannelore Kraft (SPD) **Ministerpräsidentin des Landes** **Nordrhein-Westfalen,** **stellv. Bundesvorsitzende der SPD**

Wir freuen uns, Euch/Sie
am Samstag, 14. Januar 2012
ab 17:00 Uhr in der Markthalle in Sonthofen
begrüßen zu können.

KRAFTvoll startet die SPD ins neue Jahr.

Nach einem überaus erfolgreichen Bundesparteitag im Dezember geht die bayerische Sozialdemokratie voller Tatendrang für 2012 an den Start.

Nach Grußworten des Sonthofener Vorsitzenden Dr. Gerhard Wimmer und des Kreisvorsitzenden Jörg Hilbert spricht die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft.

Mit ihrer schwingvollen, natürlichen und sympathischen Art steht sie wie kaum eine andere Politikerin für persönliche Integrität, Klarheit, soziales Engagement und Aufbruchstimmung.

Wie immer präsentieren sich im Rahmen des Empfangs soziale Vereine und Organisationen aus der Region an Infoständen und laden zum persönlichen Gespräch ein. Für das leibliche Wohl ist ebenso gesorgt wie für musikalische Unterhaltung.

Unterbezirk Allgäu-Bodensee und Kreisverband Oberallgäu

gez. Markus Kubatschka

Jörg Hilbert

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseeas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Nils Schmid:

bawue@spd.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Maraïke Winkler, SPD-Parteivorstand,
Referat Frauen / ASF:

asf@spd.de

Bundes-SPD:

SPD.de

Jochen Wiemken:

newsdesk@spd.de

Wolfram Klaar:

weklaar@t-online.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

M. Gerster, MdB:

martin.gerster.ma01@bundestag.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Bernd Caesar:

bernd.caesar@online.de

Uli Möhrle, Regionalzentrum BC:

Ulrich.Moehrle@spd.de

Adnan Sabah:

ASabah1@web.de

Parlamentsdienste Bern, Yvan Perrin,

Martin Graf, Kommissionssekretär:

spk.cip@parl.admin.ch

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Alexander Geisler, Büro Berlin

M. Gerster, MdB:

martin.gerster.ma01@bundestag.de

Büro H.-P. Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

Winfried Kropp (Pressesprecher)

SPD Kreis Konstanz:

kropp@spd-konstanz.de

DL 21:

www.forum-dl21.de/

Holger Maas:

Holger.Maas@Wuerttembergische.de

Leo Wiedemann:

Leo.Wiedemann@t-online.de

Jörg Hilbert:

HilbertJoerg@aol.com

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseeas@kabelbw.de